



PARTEI der
HUMANISTEN **HE**

Hessen



Wahlprogramm

Partei der Humanisten

Landtagswahl Hessen

Am 08. Oktober 2023

Vorwort

Wir sind Humanisten und unser Herz brennt für Fakten.

Wir wollen für Hessen, Deutschland und Europa eine rationale und fortschrittliche Politik, die individuelle Freiheit und gesellschaftliche Verantwortung miteinander vereint. Dafür braucht es Veränderungen und neue Kräfte in der politischen Landschaft. Wir stehen für eine progressive Herangehensweise an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die Fakten stärker berücksichtigen und überholte Dogmen und Strukturen überwindet.

Unsere Welt ist im stetigen Wandel – wir sind überzeugt, dass auch die größten Herausforderungen unserer Zeit, der Klimawandel, eine nachhaltige Energiewende, soziale Spaltung und wachsender Populismus, konstruktiv, aufgeklärt und evidenzbasiert gemeistert werden können. Selbstbestimmung und Menschenrechte, Sicherheit und Freiheit, Möglichkeiten zur Entfaltung und Weiterentwicklung stehen für uns über Dogmen und Ideologien.

Um eine Welt zu schaffen, in der dies selbstverständlich ist, brauchen wir starke gemeinschaftliche Strukturen, die diese Grundsätze respektieren und schützen. Die Menschen tragen die Verantwortung, diese Welt zu gestalten, zu kommunizieren und daran mitzuwirken, auch den schwächsten Mitgliedern Teilhabe und Selbstentfaltung zu ermöglichen.

Wir können uns selbst überflügeln – wir wollen die Neugierde, den Gestaltungswillen, den Forschergeist in unsere Mitte, in unser gesellschaftliches Herz bringen. Wir haben keine Angst vor Neuem, wir begegnen neuen Erkenntnissen und Technologien offen und neugierig! Faktenbasiertheit und Enthusiasmus schließen sich nicht aus. Wir haben Lust auf die Zukunft und wollen diese aktiv und progressiv gestalten – mit Herz und Verstand!

Für den Griff nach den Sternen braucht es ein solides Fundament – in unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2023 haben wir unsere Vision einer humanistischen Politik für das Land, für Deutschland und Europa und darüber hinaus festgehalten.

Wir sind Humanisten und unser Herz brennt für Hessen!

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
Unser Politikstil.....	5
Unser Leitbild.....	5
Klima und Energie.....	8
Weiterentwicklung des hessischen Klimaplanes.....	9
Energiepolitik.....	10
Klima- und Umweltpolitik.....	11
Forschungsstandort Hessen.....	12
Klima-BAföG.....	13
Landwirtschaft.....	14
Nachhaltige Intensivierung.....	14
Bioökonomie.....	15
Tierhaltung.....	15
Gesundheit.....	16
Gesundheitliche Versorgung.....	16
Pflege.....	16
Gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum.....	17
Selbstbestimmung.....	17
Homöopathie und andere Pseudomedizin.....	18
Präventionsmaßnahmen.....	18
Infrastruktur und Verkehr.....	18
Mobilität.....	19
Infrastruktur.....	20
Städte der Zukunft.....	21
Bildung.....	22
Einheitliche (europäische) Bildung.....	23
Soziale Bildung.....	24
Säkulare Bildung.....	24
Digitale Bildung.....	25
Soziale Bildungsprojekte.....	26
Werbefreie Schulen.....	26
Selbstbestimmung.....	26
Psychoaktive Substanzen.....	28
Queerpolitik.....	29
Sexarbeit.....	29
Wohnen.....	30
Housing First.....	30

Sozialer Wohnungsbau	31
Genereller Wohnungsbau	31
Arbeits- und Sozialpolitik	32
Familien	33
Grundeinkommen	34
Inklusion	34
Duale Berufsausbildung	35
Digitalisierung	36
Digitale Infrastruktur	37
Öffentliche Einrichtungen	37
Staatliche Förderung digitaler Entwicklungen	38
Säkularisierung	39
Säkularisierung	39
Staatsleistungen	39
Religionsunterricht abschaffen	40
Kirchenaustritt	40
Konfessionelle Neutralität der Rundfunkräte gewährleisten	40
Feiertage	40
Bestattungsrecht	41
Wissenschaft	41
Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft	42
Zugänglichkeit wissenschaftlicher Ergebnisse	43
Innere Sicherheit	43
Bekämpfung extremistischer Bestrebungen	44
Polizei	45
Ämter und Behörden	46
Strafvollzug	46
Europa	47
Bildung	48
Infrastruktur	48
Politik und lokale Identität	48
Wahlrecht	49
Aktives Wahlrecht	49
Ersatzstimme	49
Listenzusammenschlüsse	50
Wahlrecht für alle EU-Bürger	50
Wirtschaft	50
Investitionen und Förderung	51
Ausbau von erneuerbaren Energien	51

Unser Politikstil

Rational

Erst sammeln wir alle wichtigen Fakten, dann entwickeln wir unsere klare Position. Das ist einfach vernünftig. Dabei hören wir nicht nur auf die Wissenschaft, wir arbeiten auch nach wissenschaftlichen Methoden. Frei von Dogmen hinterfragen wir immer wieder, ob unsere Standpunkte noch den neuesten Erkenntnissen der Fachleute entsprechen. Denn seine Positionen anzupassen, bedeutet nicht einzuknicken, sondern ermöglicht moderne Politik, die unsere Gesellschaft fit für die Zukunft macht.

Liberal

Freiheit und Selbstbestimmung sind kein Widerspruch zu Solidarität und Gerechtigkeit. Und umgekehrt auch nicht. Wir wollen gleiche Chancen für alle. Und dass jeder auf seine Art das für sich Beste daraus machen kann. Aber kollektive Ergebnisgleichheit lehnen wir ab. Denn jeder Mensch ist einzigartig und jede Gesellschaft ist die Summe ihrer einzigartigen Teile!

Fortschrittlich

Wir lieben neue Technologien und weltbewegende wissenschaftliche Errungenschaften. Denn nichts birgt eine größere Chance für die Menschheit. Nichts kann Gesellschaften schneller voranbringen. Wir Humanisten denken weit voraus. Immerhin liegt der Altersdurchschnitt unserer Mitglieder und Wähler bei Anfang 30 – wir werden noch viel Zukunft erleben!

Unser Leitbild

Humanismus

Im Mittelpunkt des Denkens und Handelns steht der Mensch selbst, seine Freiheit, sein Wohl, sein Glück und seine Entwicklung. Von ihm gehen Erkenntnis, Vernunft und Ethik aus. Er handelt, um positiv auf sich und auf Mitmenschen zu wirken. Kein Dogma und keine Ideologie ist dem menschlichen Wohlergehen oder den wissenschaftlichen Erkenntnissen übergeordnet. Deshalb sind die Selbstbestimmung des Menschen und die Menschenrechte auch für den Humanismus von zentraler Bedeutung und essenzielle Bestandteile von Menschenrechtskonventionen und demokratischen Verfassungen weltweit.

Evolutionärer Humanismus

Wir sind evolutionäre Humanisten. Wir gehen davon aus, dass die Vorgänge im Universum Naturgesetzen folgen. Wir sind davon überzeugt, dass der Mensch durch wissenschaftliche Methoden die Welt erkennen und verstehen kann. Wir sind durch natürliche Abläufe entstanden und sind Teil der Natur. Als hochentwickelte Lebewesen haben wir verschiedene natürliche Bedürfnisse, Emotionen und Triebe sowie die Fähigkeit, zu lernen, zu verstehen und rational zu denken, um vernünftig für uns und die Menschheit zu handeln.

Wissenschaft

Wir betrachten die wissenschaftliche Methode als den besten Weg, allgemeingültige Erkenntnisse zu gewinnen. Dabei betonen wir das Zusammenwirken der Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften. Wissenschaftliche Erkenntnisse bilden die Grundlage unserer technischen Zivilisation sowie die Quelle des Wohlstandes und der Lebensqualität des Menschen. Aus diesem Grunde betrachten wir die Wissenschaft neben Bildung und Säkularismus als unsere Kernkompetenz. Pseudo- und Grenzwissenschaften sowie esoterische Einflüsse auf Forschung und Lehre lehnen wir ausdrücklich ab.

Freiheit und Selbstbestimmung

Die individuelle Freiheit ist die wichtigste Voraussetzung, um ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Der Mensch ist eigenverantwortlicher Gestalter seines Lebens und der Gesellschaft. Grundsätzlich soll der Staat nicht bestimmen, was für ein erwachsenes Individuum richtig ist und welche Entscheidungen es für das eigene Leben trifft. Der Staat tritt nicht als Vormund seiner Bürger auf. Viel mehr hat er die Aufgabe, neben anderen Rechten insbesondere die individuelle Freiheit zu gewährleisten und zu schützen. In diesem Sinne sind wir eine liberale Partei.

Solidarität und Gerechtigkeit

Der Mensch ist ein soziales Tier. Seine herausragenden Fähigkeiten sind Kommunikation und Kooperation, Lernfähigkeit und Entwicklung von Kultur. Menschen setzen auf gegenseitige Hilfe und Solidarität. Durch Arbeitsteilung und noch mehr durch friedliche und kooperative Zusammenarbeit erreicht jeder Mensch für sich und die Menschheit insgesamt Hochleistung und Fortschritt. Als Humanisten schützen und unterstützen wir auch die schwächsten Mitglieder der Menschheit nach unseren besten Möglichkeiten. Eine gerechte Gesellschaft ist eine erfolgreiche Gesellschaft. In diesem Sinne sind wir eine soziale Partei.

Fortschritt und Zukunft

Wir sind neugierige Forscher und Pioniere, Weltverbesserer und Gestalter der unaufhaltsamen Veränderung. Eine humanistische Gesellschaft wächst durch fundierte Erkenntnisse und die positive Wirkung auf das menschliche Zusammenleben. Wir nehmen unsere Zukunft aktiv in die Hand. Dabei ist es wichtig, Chancen und Risiken realistisch zu bewerten, und vorhandene Möglichkeiten und Werkzeuge verantwortungsvoll einzusetzen. So sehen wir in transhumanistischen Innovationen die Möglichkeit, für so viele Menschen wie möglich ihre Gesundheit zu erhalten, zu verbessern und letztlich ihre biologischen Grenzen zu überwinden. Wir wollen unsere zivilisatorischen Bedürfnisse nachhaltig mit den verfügbaren Ressourcen in Einklang bringen. Dafür setzen wir auf technologischen Fortschritt, um Wachstum und Umweltauswirkungen schrittweise zu entkoppeln. So wird es möglich, gleichzeitig Armut und Hunger weltweit zu bekämpfen und Umwelt, Klima sowie Biodiversität für kommende Generationen zu erhalten. In diesem Sinne sind wir eine progressive Partei.

Humanistische Partei

Humanisten sind Individuen, die ihr Denken und Handeln danach ausrichten, was sie persönlich für richtig und wichtig halten. Wir begegnen uns auf Augenhöhe und unterwerfen uns nicht blind Autoritäten. Wir führen Auseinandersetzungen auf der Grundlage rational nachvollziehbarer Begründungen. Im Mittelpunkt unseres Strebens stehen Weltlichkeit, Selbstbestimmung, Solidarität und Toleranz. Wir klären Differenzen offen und sachlich, weil wir davon ausgehen, dass jeder Humanist für unsere Sache arbeitet. Unsere Zusammenarbeit ist geprägt von Aufrichtigkeit, Vertrauen, Zuverlässigkeit, Offenheit und Gleichberechtigung.

Humanistische Politik

Das Leben in einer humanistischen Gesellschaft wird ausschließlich durch gemeinschaftlich vereinbarte Normen geregelt, die sich aus einer kritisch-rationalen und wissenschaftlich fundierten Auseinandersetzung mit der Realität ergeben. Wir folgen der von Menschen ständig weiterentwickelten Ethik ohne metaphysische Bezugspunkte. Humanistische Politik dient einzig dem Menschen und keinen Religionen, Ideologien, Dogmen oder Kollektiven. Sie richtet sich nicht nach Gruppenidentitäten, sondern sichert die Interessen jedes einzelnen Mitglieds der Gesellschaft. Wir sehen den Bürger als aufgeklärt und selbstbestimmt. Deshalb binden wir die Menschen in unsere Arbeit ein und bieten eine transparente und nachvollziehbare Politik.

Klima und Energie

Die Menschheit bildet zusammen mit anderen Lebewesen ein komplexes ökologisches Netzwerk. Das Wohlergehen unserer Umwelt betrifft daher immer auch uns selbst. Dies wird bei der Erfüllung unserer zivilisatorischen Bedürfnisse allerdings zu häufig vernachlässigt – die Folgen sind Biotopverlust, Umweltverschmutzung, Artensterben und Klimawandel. Die Reduzierung der Ursachen und Folgen des menschengemachten Klimawandels sollte daher in der Politik die höchste Priorität haben.

Umweltverschmutzung, die Zerstörung von Lebensräumen und der Ausstoß von Treibhausgasen müssen konsequent und effektiv eingedämmt werden. Dies wird aktuell durch ideologische und unwissenschaftliche Herangehensweisen behindert und die Verantwortung einseitig auf Konsumenten und Bürger geschoben. Durch eine Politik, die sich an Nachhaltigkeit, Stoffkreisläufen sowie wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert und die technischen Innovationen unserer Zeit nutzt, wollen wir Umwelt- und Klimaschutz mit unseren gesellschaftlichen Bedürfnissen versöhnen.

Hessen hat geografisch gesehen eine gute Grundlage für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und bereits Schritte in die richtige Richtung unternommen - endlich! Denn zuletzt war Hessen das Schlusslicht bei der Genehmigung von Solarparks und Windkraftanlagen. Die Pläne der aktuellen Landesregierung sehen zwar u.a. eine Ausweitung der Windkraft und eine Solarpflicht auf öffentlichen Gebäuden und Parkplätzen vor, aber Experten sehen eine erhebliche Lücke zwischen den geplanten Maßnahmen und den benötigten Veränderungen, um Hessens Klimaziele zu erreichen. Der hessische Klimaplan in seiner aktuellen Fassung ist nicht ambitioniert genug und auf verschiedenen Ebenen nicht nachhaltig finanziert. Wir fordern eine konsequentere Klimapolitik! Wir sehen Hessen als ein Land voller Chancen dafür, beim klima- und umweltfreundlichen Umbau unseres Energiesystems und unserer Wirtschaft führend zu werden. Dafür wollen wir das Land Hessen als Industrie- und Forschungsstandort weiter voran bringen und zu einem Vorreiter der Energiewende in Deutschland und Europa machen.

Unsere Forderungen:

- ✓ Der hessische Klimaplan muss ambitionierter werden und die Finanzierung der notwendigen Maßnahmen langfristig angelegt werden.
- ✓ Ausbau Erneuerbare: Ausbau von Solar- und Windenergie
- ✓ Ausbau der dezentralen Energiespeicher- und Verteilungskapazitäten, Sektorenkopplung
- ✓ Ausbau der Fernwärme- und Fernkälte-Kapazitäten, Wärme aus Wasser
- ✓ Gründungsförderung von Energiegenossenschaften, lokale Klimadividende
- ✓ Pilotprojekte für Speichertechnologien und Second Life- Projekte
- ✓ Wir fordern die Einführung eines hessischen „Klima-BAFöGs“ um die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften für die Energiewende zu fördern.

- ✓ Schutz und Erschließung von Grünflächen und CO₂-Senken: Umbau und Aufforstung von Wäldern, Renaturierung von Mooren, Renaturierung von Gewässern, um Überschwemmungen vorzubeugen
- ✓ Adaption der hessischen Städte und Infrastruktur an den Klimawandel: Dach- und Fassadenbegrünung fördern, Wassermanagement, Katastrophenschutz
- ✓ spezifische Förderung von Klimaadaptionsmaßnahmen
- ✓ Forschungsstandort Hessen fördern, Kooperationen mit umliegenden Bundesländern
- ✓ Forschung an Speichertechnologien und Gasspeicherstrategien (H₂, grünes Methan, Biomethan)
- ✓ Forschung & Entwicklung von „Greentech“ fördern
- ✓ technologieoffene Lösungsfindung

Weiterentwicklung des hessischen Klimaplanes

Das hessische Klimagesetz war ein wichtiger Schritt, um Klimaschutz und Klimaanpassung zu Ziel und Verpflichtung staatlichen Handelns zu machen, klare Verantwortungen zu benennen und die Erfüllung der Ziele zu überwachen. Leider passt das festgelegte Budget an Treibhausgas-Emissionen nicht zum Ziel, die Erderwärmung unter 2 °C zu halten, geschweige denn, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Außerdem berücksichtigt das Gesetz nicht alle relevanten Emissionen – unter anderem werden die Emissionen außerhalb von Hessen produzierten Stroms nicht berücksichtigt. So würde z. B. importierter Kohlestrom indirekt bevorteilt und lokal produzierte Solar- und Windenergie benachteiligt. Dies steht dem nötigen Umbau unseres Energiesystems hin zu einem auf dezentraler Erzeugung von erneuerbarem Strom basierendem System direkt entgegen.

Die Kommunen werden zwar mit Klimaschutz beauftragt, aber nicht mit neuen Mitteln dafür ausgestattet. Bisher bekannt gewordene Förderprogramme sind von Bürokratie überfrachtet, von zu geringem Umfang und außerdem zeitlich befristet. Klimaschutz braucht aber einen langen Atem und muss als Aufgabe für Generationen verstanden werden, wenn wir erfolgreich sein wollen. Des Weiteren muss die Zielsetzung deutlich ambitionierter sein, da wir bis 2030 nur ein kurzes Zeitfenster haben, wenn wir als Bundesland unseren Beitrag dazu leisten wollen, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Daher müssen zusätzliche, kurzfristig effektive Maßnahmen zur Einsparung von Treibhausgas-Emissionen evaluiert und entsprechende Mittel verbindlich und unbürokratisch bereitgestellt werden statt wie derzeit „unter Haushaltsvorbehalt“, d. h. nur wenn gerade Mittel verfügbar sind. Hessen hat das Potenzial, innerhalb von Deutschland und Europa zu einem Vorreiter zu werden, wie Klimapolitik erfolgreich in die Praxis umgesetzt werden kann. Um das zu erreichen, muss das Klimagesetz aber verbindlicher und ambitionierter werden.

Energiepolitik

Die globale Erwärmung wird vor allem durch Treibhausgase verursacht, die bei der Bereitstellung von Wärme und Strom aus fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl und Erdgas entstehen. Laut Weltklimarat (IPCC) sollte es daher ein vorrangiges politisches Ziel sein, Energie aus CO₂-armen Quellen wie Sonne, Wind, Geothermie und Wasserkraft zu erzeugen.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) hat Hessen schon einige Fortschritte erzielt, allerdings sind wir insgesamt auf Stromimporte aus den umliegenden Bundesländern angewiesen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass für öffentliche Gebäude eine Pflicht eingeführt wurde, Photovoltaik auf Dächern und großen Parkplätzen zu installieren. Um gesellschaftliche Akzeptanz für Klimapolitik zu erreichen, ist es unerlässlich, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht. Die Erklärung der erneuerbaren Energien zu einem Thema von „überragendem öffentlichen Interesse“ könnte die Genehmigungsverfahren für Solar- und Windkraftanlagen deutlich beschleunigen. Das ist auch nötig, um unsere Klimaziele als Bundesland zu erreichen. Wir wollen die Gründung von kommunalen und privaten Energiegenossenschaften fördern, die sowohl den örtlich erzeugten Strom selbst nutzen als auch über die Einspeisung ins Netz eine „Klimadividende“ erwirtschaften können. Damit wird Bürgern und Gemeinden eine direkte finanzielle Teilhabe an der Energiewende ermöglicht, was die Akzeptanz des Aufbaus von Wind- und Solaranlagen verbessern sollte.

Da diese Erzeugung der EE dezentral und teils mit tages- und jahreszeitlich schwankender Ausbeute erfolgt, muss das Energiesystem schrittweise umgebaut werden. Dazu gehört z. B. ein Ausbau verfügbarer Verteilungsnetze und vor allem der Aufbau von Speicherkapazitäten, um Schwankungen aufzufangen und nach Bedarf wieder Energie zur Verfügung zu stellen. Zwar stehen die Technologien zur Speicherung bereits zur Verfügung, z. B. in Form von großen Batteriespeichern oder der Umwandlung von Strom in „grünen“ Wasserstoff oder Methan, in der Praxis kommen Speicher aber noch kaum zum Einsatz, weil es für die Betreiber kostengünstiger ist, fossile Kraftwerke einzusetzen, um Schwankungen auszugleichen. Wir fordern, auf Landesebene die Forschung und den Einsatz von Speichertechnologien zu fördern, damit in der Praxis Erfahrungen gesammelt und die Speicher weiter entwickelt werden können. Zum Ausgleich der Schwankungen sollen schnellstmöglich keine fossilen Kraftwerke mehr zum Einsatz kommen, sondern erneuerbare Energien (z. B. Methan aus grünem Wasserstoff, Biogas oder Biomasse). Sowohl beim Ausbau von Verteilungsnetzen als auch bei der Entwicklung und dem Einsatz von Speichertechnologien könnte Hessen eine Schlüsselrolle für die Energiewende in Deutschland einnehmen. Hessen grenzt im Norden an das windreiche Niedersachsen und im Süden an Bayern, wo der Ausbau von Erneuerbaren jahrelang verschleppt wurde. Es wären z. B. Konstellationen denkbar, bei denen in Hessen überschüssiger Windstrom aus Niedersachsen in grünes Methan umgewandelt, gespeichert und bei Bedarf nach Bayern exportiert wird. Für dieses

Szenario, aber vor allem für den eigenen Bedarf, muss in Hessen möglichst zeitnah in entsprechende Kapazitäten zur Erzeugung und Speicherung von grünem Methan investiert werden.

Neben der Wende bei der Stromerzeugung hin zu CO₂-armen Energieträgern brauchen wir auch Veränderungen in den Bereichen Mobilität und Wärmeerzeugung. Glücklicherweise gibt es hier bereits technische Lösungen durch Elektrisierung, z. B. Elektroautos und Heizsysteme mit Wärmepumpen. Wenn der dafür benötigte Strom CO₂-arm bereitgestellt wird, ermöglicht dies relativ klimafreundliche Mobilität und Heizung.

Generell fordern wir dabei Technologieoffenheit statt selektiver Verbote. Bei der Bewertung von energiepolitischen Maßnahmen soll vor allem entscheidend sein, wie sehr eine Technologie hilft, CO₂ (oder andere Treibhausgase) einzusparen. Wir wollen über wissenschaftsbasierte Aufklärung, Forschungsförderung und z. B. steuerliche Begünstigung klimafreundlicher Technologien die Bürger davon überzeugen, auf diese zu setzen.

Gerade bei der Wärmeerzeugung sind fossile Brennstoffe leider immer noch dominierend. Nicht in allen Gebäuden ist ein Wechsel auf Wärmepumpen möglich bzw. sinnvoll. Wir wollen eine breite Palette an Maßnahmen fördern, die den CO₂-Fußabdruck der Wärmeerzeugung reduzieren können, z. B. energetische Sanierung, Solarthermie, den Ausbau regionaler Angebote für Fernwärme sowie nachbarschaftlich betriebene Wärmeerzeugung, etwa mittels Geothermie. Kommunale Wärmepläne sollten den Einsatz von Luft- und Wasser-Wärmepumpen, aber auch alternative Wärmequellen wie Abwärme berücksichtigen.

Um eine Mobilitätswende hin zu einem klimafreundlichen Verkehrssystem zu erreichen, müssen alle Alternativen zu Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren gestärkt werden. In verschiedenen Fahrzeugen kommen bereits heute Erdgas oder Wasserstoff zum Einsatz, die durch erneuerbare Energie auch CO₂-arm erzeugt werden können. Der Einsatz von grünem Wasserstoff im hessischen öffentlichen Nahverkehr wie Bus und Bahn wäre eine naheliegende Möglichkeit, die zeitnah umzusetzen wäre.

Klima- und Umweltpolitik

Wir fordern sowohl Maßnahmen zur effizienten Reduktion von Treibhausgasen (Mitigation) als auch zur effektiven Anpassung an die bereits heute spürbaren Auswirkungen des Klimawandels (Adaption). Beide Aspekte sollten zusammen gedacht werden, um Synergie-Effekte zu erzeugen und begrenzte Mittel möglichst effizient einzusetzen.

42% der hessischen Landesfläche besteht bereits heute aus Wäldern. Diese Wälder haben einen unschätzbaren Wert für Erholung, Umwelt- und Klimaschutz. Wälder liefern auch Materialien für nachhaltige Bauwirtschaft und Bioökonomie. Der Klimawandel

setzt die Wälder jedoch durch Trockenheit und Hitze unter Druck. Geschwächte Bäume fallen Schädlingen und Stürmen zum Opfer. Wir wollen eine Aufforstung landwirtschaftlicher Nutzflächen und eine schrittweise Umgestaltung von Monokulturen zur forstwirtschaftlichen Nutzung hin zu Mischwäldern. Die Ausweisung zusammenhängender Naturschutzgebiete bietet der Natur einen Rückzugsraum zur Erhaltung der Biodiversität. Durch eine Veränderung der Waldstruktur wollen wir unsere Wälder vor Dürren und Waldbränden schützen. Außerdem sollen die Wälder zukünftig noch stärker dabei helfen, Überschwemmungen zu vermeiden und Wasser zu speichern.

Der Klimawandel wird zu einer weiteren Zunahme von Extremwetterereignissen wie Stürmen und Starkregen mit Überflutungsgefahr auf der einen Seite und Trockenheit und Dürre auf der anderen Seite führen. Das bedeutet, dass unsere Naturlandschaften, aber auch unsere Städte an die sich verändernden klimatischen Bedingungen angepasst und auf Extrem-Ereignisse vorbereitet und sein müssen. Dabei können Maßnahmen zur Klimaanpassung, zum Artenschutz und zum Klimaschutz sinnvoll miteinander kombiniert werden, z. B. durch eine Renaturierung von Feuchtgebieten wie Mooren, Wasserläufen und Auenwäldern. Durch eine solche Renaturierung kann CO₂ gebunden und zusätzliches Wasser gespeichert werden, was die Verfügbarkeit von Wasser während Trockenperioden verbessert. Außerdem werden Überschwemmungen durch Starkregen bzw. ihre Auswirkungen reduziert sowie seltene Arten geschützt, die in Feuchtgebieten zu Hause sind.

Die zu erwartende Zunahme von Hitzeperioden und stärkeren Niederschlägen sollte auch bei der Stadtentwicklung berücksichtigt werden. So kann eine stärkere Begrünung von Städten inklusive Hausdächern und -fassaden helfen, Städte während Hitzeperioden zu kühlen. Solche Anpassungsmaßnahmen sollten gezielt und unbürokratisch gefördert werden. Zusätzliche Grünflächen auf heute versiegelten Flächen zu schaffen, wirkt sich positiv auf Mikroklima und Wassermanagement aus. Um für Starkregenereignisse gewappnet zu sein, muss die Rückhalte- und Versickerungskapazität ausgebaut werden. Das entlastet Kanalsysteme und minimiert Schäden an Gebäuden und Infrastruktur. Um Gefahren rechtzeitig zu erkennen, müssen Frühwarnsysteme und andere Katastrophenschutz-Maßnahmen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen stetig verbessert werden.

Forschungsstandort Hessen

Hessen ist als Forschungsstandort bereits heute hervorragend aufgestellt. Über das gesamte Rhein-Main-Gebiet erstreckt sich ein breites Netzwerk von Universitäten, Fachhochschulen, Forschungsinstituten und forschender Industrie. Die Herausforderungen des Klimawandels erfordern vertiefte Kooperationen mit umliegenden Bundesländern. Investitionen in Forschung und Entwicklung neuer klimafreundlicher Technologien können sowohl schrittweise Verbesserungen, bspw. bei der Ressourceneffizienz, ermöglichen, als auch bahnbrechende neue Technologien hervorbringen, um den Klimawandel zu bekämpfen. Wir fordern daher die Förderung von

„Greentech“ – dazu zählen Technologien für Ressourceneffizienz, Bioökonomie, Energie- und Kreislaufwirtschaft.

Die pharmazeutisch-chemische Industrie und führende Universitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich machen Hessen zu einem möglichen Schwerpunkt deutscher Forschung zu den entscheidenden Themen der Energiewende. Entscheidende Faktoren für den Erfolg der Umstellung unserer Energienetze auf erneuerbare Energien sind Speichertechnologien sowie die Sektorenkoppelung, d. h. Nutzung von Strom aus erneuerbaren Quellen für die Erzeugung von Treibstoffen oder Vorprodukten für verschiedene Industrien. Speichertechnologien könnten ein gutes Beispiel für Kooperationen sein, die die Energiewende voranbringen könnten. Die Verbesserung der Ressourceneffizienz beim Bau und Recycling von Batterien, z. B. aus Elektrofahrzeugen, könnte die Elektromobilität noch klimafreundlicher machen.

Im Labor entwickelte Technologien werden von der Industrie oft erst dann eingesetzt, wenn die Funktionalität in einem industriell relevanten Maßstab nachgewiesen werden konnte – wofür den Universitäten aber oft die Mittel fehlen. Wir fordern, im Bereich „Greentech“ Mittel für Pilotprojekte bereit zu stellen, also Projekte, in denen Technologien vom Labormaßstab in den technischen Maßstab übertragen werden. Mit der Förderung solcher Projekte wollen wir die Lücke zwischen Erfindung und industriellem Einsatz schließen und Innovationen in Klimatechnologien schneller zum Einsatz bringen.

Klima-BAföG

Bereits heute wird die Energiewende vom Fachkräftemangel ausgebremst. Dies betrifft unter anderem die energetische Gebäudesanierung, die Installation moderner, elektrischer Heizsysteme sowie den Bau und Betrieb von Solar- und Windkraftanlagen. Aber auch andere Bereiche des Handwerks sind betroffen, z. B. müssen Kfz-Mechatroniker auf Elektromotoren umgeschult werden. Dies bringt für betroffene Betriebe einen Mangel an Planungssicherheit und erhebliche Kosten für die Fortbildung der Mitarbeiter oder die Ausbildung neuer Lehrlinge mit sich. Wir wollen vorhandene Programme mit einem landesweiten Förderprogramm („Klima-BAföG“) bündeln, um die Ausbildung in für die Energiewende kritischen Berufszweigen sowohl für die Ausbildungsbetriebe als auch die Auszubildenden attraktiver zu gestalten. Auch die Förderung von Fortbildungen und Umschulungen, dualen Studiengängen und Meisterlehrgängen wollen wir erhöhen, um die Umsetzung der Energiewende zu beschleunigen.

Landwirtschaft

In kaum einem Wirtschaftszweig treffen Fortschritt und Tradition so stark aufeinander wie in der Landwirtschaft. Wir setzen uns für die Entwicklung zu einer effizienten und zugleich nachhaltigen Landwirtschaft ein. Als progressive Partei sehen wir hierbei den technologischen Fortschritt als Grundlage, um unsere Nahrungsversorgung nachhaltig sicherzustellen und unsere Umwelt zu schützen. Angesichts des Klimawandels müssen neue Wege beschritten werden, um unsere Landwirtschaft resilienter zu machen. Dabei sollten wir auch die Chancen nutzen, die sich durch Bindung von CO₂ in unseren Böden bieten. Land- und Forstwirtschaft sollen außerdem die grundlegenden Materialien für die zukünftige Bioökonomie herstellen, die unsere Wirtschaft unabhängig von fossilen Rohstoffen machen soll. Hessen ist gut positioniert, um diese Transformation zu ermöglichen und zu beschleunigen.

Unsere Forderungen:

- ✓ Anreize zur nachhaltigen Intensivierung der Landwirtschaft
- ✓ Schaffung von Rückzugsräumen für die Tier- und Pflanzenwelt
- ✓ Forschungsförderung für neue Technologien in der Landwirtschaft
- ✓ evidenzbasierter Umgang mit neuen Technologien wie Grüner Gentechnik
- ✓ Erleichterung des Ausbaus von PV-Anlagen auf Weideflächen
- ✓ Einführung der Bioökonomie mit Rohstoffen aus biologischen Kreisläufen
- ✓ Förderung von regenerativer Energieerzeugung (Windkraft, Biomasse und PV) bei Landwirtschaftlichen Betrieben (Ställe, Scheunen, Hallen, Freiflächen) zur Energieversorgung umliegender Infrastruktur
- ✓ artgerechte Bedingungen und Beseitigung von Missständen in der Tierhaltung
- ✓ Förderung von nachhaltigen veganen Alternativen zu tierischen Nahrungsmitteln

Nachhaltige Intensivierung

In der Landwirtschaft besteht heute ein Gegensatz zwischen konventionellem und „Bio“-Anbau. Während biologischer Anbau einerseits schonender für Umwelt und Artenvielfalt ist, ist er andererseits weniger effizient und braucht dadurch mehr Fläche. Wir wollen daher die Vorteile des biologischen und des konventionellen Anbaus vereinen und neue Technologien konsequent anwenden. Dies erlaubt es, bei gleich bleibender Nahrungsproduktion Flächen freizugeben, die renaturiert werden und als Rückzugsräume für die Tier- und Pflanzenwelt dienen können, was wir zum Schutz der Biodiversität durch entsprechende Anreize fördern wollen.

Neue landwirtschaftliche Technologien sind für den Umweltschutz von strategischer Bedeutung und müssen entsprechend offen angegangen, erforscht und eingesetzt werden. Durch innovative Konzepte wollen wir diese nachhaltige Intensivierung noch stärker vorantreiben und damit die Artenvielfalt schützen, etwa durch effizienteren Pestizideinsatz mithilfe von Robotik, aber auch durch Grüne Gentechnik, die Ertrag und Widerstandsfähigkeit von Pflanzen erhöhen kann.

Steigende Erwärmung, Austrocknung, Überschwemmungen und Versalzung führen bereits heute zu Ernteverlusten und einem Verlust von Anbauflächen. Grüne Gentechnik, die sich mit Veränderungen am Genom von Pflanzen befasst, kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir befürworten einen verantwortungsvollen Einsatz dieser Technologie, da die wissenschaftliche Studienlage zur Sicherheit der Gentechnik eindeutig ist. Wissenschaftlich nicht haltbare Hürden beim Einsatz dieser Technologien müssen daher abgeschafft werden. Insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels und anderer menschlicher Aktivitäten besteht hier erhöhter Forschungsbedarf. Ebenso setzen wir uns für eine wissenschaftlich fundierte Bewertung von sachgemäß angewendeten Pflanzenschutzmitteln ein.

Bioökonomie

Aufgrund seiner land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen ist Hessen hervorragend aufgestellt, um bei der Transformation der Wirtschaft hin zu einer Bioökonomie, der Herstellung von Grundstoffen aus biologischen Kreisläufen, voran zu gehen. Hessen könnte die Bioökonomie z. B. mit Grüner Gentechnik zu verknüpfen um Landwirtschaft resilienter gegen den Klimawandel zu machen und Materialien für diverse Industrien bereit zu stellen. Dazu gehören z. B. Biomethan aus Klär- und Biogasanlagen, die wir zukünftig saisonal speichern oder als Rohstoff, z. B. in der chemischen Industrie, nutzen wollen, statt sie sofort zu verstromen. Feststoffe aus Biogasanlagen können zur natürlichen Düngung verwendet werden, und den Einsatz von chemischen Düngern minimieren. Pflanzenkohle aus Biomasse kann zur CO₂-Speicherung im Boden genutzt werden, um die Bodenqualität nachhaltig zu verbessern sowie Erosion und Austrocknung entgegenzuwirken. Solche Ökosystemleistungen müssen den Landwirten angemessen vergütet werden.

Tierhaltung

In Nutztierbetrieben müssen artgerechte Haltungsbedingungen gewährleistet werden. Subventionen sollen zukünftig nach Kriterien vergeben werden, die dem Tierwohl nutzen. Dafür müssen auch die Veterinärämter gestärkt und besser ausgestattet werden, um Missstände schneller identifizieren und anzeigen zu können. Wir setzen uns außerdem für verstärkte Forschung zur Entwicklung veganer Nahrungsmittel als Ergänzung und Alternative ein. Wesentliche Fortschritte konnten z. B. bereits im Bereich Kulturfleisch sowie bei rein pflanzlichen Alternativen verzeichnet werden. Für beide Bereiche hat Hessen relevante Forschungsinstitute und Unternehmen. Aussichtsreiche Ansätze dieser Art verdienen aufgrund ihrer potenziell weitreichenden Vorteile für das Tierwohl, die Umwelt und das Klima besondere Förderung. Öffentlich geförderte Kantinen, etwa Mensen an Universitäten, sollen aus diesem Grund auch verpflichtet werden, täglich zumindest eine vollwertige vegane Essenoption anzubieten.

Gesundheit

Gesundheit ist ein hohes Gut und darf keine Ware sein. Sie stellt, als Grundlage für ein glückliches und selbstbestimmtes Miteinander, eine wichtige Komponente unserer humanistisch orientierten Politik dar.

Ein leistungsfähiges und für alle Menschen gleichermaßen zugängliches Gesundheitssystem ist die Grundlage für ein nachhaltiges gesellschaftliches Zusammenleben. Vor allem die vergangenen Jahre haben auf dramatische Weise die Defizite unseres aktuellen Gesundheitssystems aufgezeigt. Strukturelle Minderversorgung, Fehlinformationen und Pseudomedizin, übermäßige Bürokratisierung und Profitorientierung sowie Mangel an qualifiziertem Personal gefährden langfristig die Gesundheit der Bevölkerung.

Unsere Forderungen:

- ✓ Entprivatisierung von Einrichtungen der Grund- und Regelversorgung
- ✓ Einführung einer einheitlichen, solidarischen Bürgerversicherung
- ✓ Entbürokratisierung
- ✓ flächendeckend angemessene Bezahlung von medizinischem Fach- und Pflegepersonal
- ✓ Ausbau von Entlastungsangeboten für privat pflegende Mitbürger
- ✓ Förderung der Attraktivität von Landarztpraxen
- ✓ Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs bis zur 20. Woche ohne Einschränkungen, ebenso die Hilfe und Beratung dazu.
- ✓ Verbot von medizinisch nicht indizierten Beschneidungen
- ✓ Legalisierung der Sterbehilfe
- ✓ Streichung von Homöopathie und anderer Pseudomedizin aus den Satzungsleistungen der Krankenversicherungen
- ✓ Ausbau und Förderung von Präventionsmaßnahmen

Gesundheitliche Versorgung

Gesundheitliche Versorgung und Prävention dürfen keine Frage des Geldes sein. Die Führung profitorientierter Einrichtungen der Grund- und Regelversorgung muss daher rückabgewickelt werden. Vorbild kann dabei die Entprivatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg sein. Gleichzeitig soll eine solidarische Bürgerversicherung dazu dienen, allen Menschen den gleichen Zugang zu medizinischer Versorgung zu gewährleisten.

Pflege

Zahlen belegen, dass immer mehr gut qualifizierte Pflegekräfte das Gesundheitssystem verlassen und gleichzeitig zu wenig neue Fachkräfte nachkommen. Hinzu kommt die hohe Anzahl an Pflegekräften, die in den nächsten Jahren in Rente gehen und für weiteren Mangel sorgen wird. Umfragen hierzu zeigen, dass schlechte Bezahlung nur einen Faktor darstellt, warum der Beruf zunehmend unattraktiv wird. Fehlende

Planbarkeit, Unvereinbarkeit von Beruf und Familie, Arbeitsüberlastung und übermäßige Verantwortung sowie ein hoher Grad an Bürokratie wiegen für viele deutlich höher. Eine angemessene Bezahlung soll dafür sorgen, die Ausbildung wieder attraktiver zu machen. Diese Maßnahmen sollen langfristig die Personalpools aufzufüllen und zu einer dauerhaften Entlastung aller Beschäftigten und einer besseren Versorgung der Patienten führen. Außerdem müssen bürokratische Vorgänge vereinfacht werden, um den Fokus wieder auf medizinische Versorgung und Pflege zu richten.

Die Pflege von körperlich oder geistig eingeschränkten Angehörigen stellt eine hohe Belastung für die Pflegenden dar und ist oft mit einem Berufsleben nicht vereinbar. Viele Pflegenden werden vor allem von Seiten der Versicherungen nur unzureichend über Entlastungsangebote informiert. Außerdem gibt es besonders im Bereich Kurzzeitpflege aufgrund mangelnder Rentabilität für die Einrichtungen immer weniger Plätze, so dass die Wartelisten lang sind und eine akute Entlastung nicht erfolgen kann. Besonders für Kinder, junge Erwachsene und Pflegebedürftige unter 65 Jahren gibt es häufig keine passenden, ortsnahen Pflegeplätze. Nicht selten kommt es so zu gravierenden Folgen, die eine weitere Versorgung im häuslichen Umfeld unmöglich machen. Hier muss dringend nachgebessert werden. Die Führung von Kurzzeitpflegeplätzen für alle Altersklassen muss gefördert und so für Pflegeeinrichtungen rentabel gemacht werden.

Gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum

Die ärztliche Versorgung in ländlichen Bereichen ist in vielen Regionen defizitär. Praxen werden altersbedingt geschlossen und mangels Nachwuchs nicht weitergeführt, andere Praxen sind überlastet und können keine Patienten mehr aufnehmen, sodass häufig nur der lange Weg in die nächste Stadt bleibt. Die Übernahme von Landarztpraxen muss gefördert und durch den Abbau bürokratischer Hürden vereinfacht werden. Weiterhin können digitale Angebote wie Online-Sprechstunden dazu dienen, mehr Menschen zu erreichen und gleichzeitig Ärzte zu entlasten. Entsprechende Pilotprojekte gibt es bereits, u. a. in den östlichen Vororten von Wiesbaden (Curandum e. V.).

Selbstbestimmung

Selbstbestimmung in Leben und Sterben ist erklärtes Ziel einer humanistischen Politik. Wer sich nicht in der Lage fühlt, Leben in die Welt zu setzen, muss uneingeschränkten Zugang zu adäquater und unvoreingenommener Beratung und Versorgung haben. Es darf weder in die eine noch in die andere Richtung eine Beeinflussung stattfinden, auch nicht durch Kundgebungen vor Beratungseinrichtungen, wie sie aus Frankfurt a. M. durch Pro Familia bekannt sind.

Beschneidungen, die nicht medizinisch indiziert sind, stellen einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit eines Menschen dar. Diese müssen unterbunden werden. Selbstverständlich ist es jedem Erwachsenen möglich, eine Beschneidung z. B. aus religiösen Gründen vornehmen zu lassen.

Die Entscheidung, dem Leben ein Ende zu setzen, muss jedem Menschen selbst überlassen sein. Dies soll in Würde und mit aller nötigen Betreuung erfolgen. Gleichzeitig müssen Angebote der Palliativversorgung durch Hospize und ambulante Palliativteams im städtischen und ländlichen Bereich ausgebaut werden.

Homöopathie und andere Pseudomedizin

Nur, was nachweislich wirkt, darf als Medizin gelten, zugelassen und durch die Krankenversicherungen finanziert werden. Deshalb begrüßen wir die Entscheidung der Landesärztekammer von 2019, das Fach Homöopathie nicht mehr in der Weiterbildungsordnung zu führen und wünschen uns diese Änderung auch auf Bundesebene.

Wer sich „alternativer Heilmethoden“ bedienen möchte, sollte diese aus eigener Tasche zahlen. Das muss auch an allen Bildungseinrichtungen für medizinisches und pflegerisches Fachpersonal entsprechend vermittelt werden.

Besonders zu beachten ist hierbei, dass die Gesundheit von Kindern geschützt werden muss. Sie haben ein Recht auf wirksame Heilmethoden. Dieses darf nicht durch Eltern oder sonstige Erziehungsberechtigte gefährdet werden.

Präventionsmaßnahmen

Präventionsmaßnahmen und Beratungen zu körperlicher Bewegung, gesunder Ernährung und Lebensführung, Vorsorgemaßnahmen etc. können Erkrankungen vorbeugen. Vor allem sozial und finanziell schwache Familien haben hier erschwerten Zugang. Deshalb sollen Arbeitgeber und Bildungseinrichtungen mit entsprechenden Angeboten in Zusammenarbeit mit dem Staat und den gesetzlichen Krankenversicherungen gefördert werden.

Außerdem halten wir eine Impfpflicht bis zum 16. Lebensjahr für sinnvoll und beziehen uns hierbei auf die Empfehlung der STIKO (Ständige Impfkommission). Für Menschen über 16 Jahre soll es umfangreiche Beratungsangebote zu Impfungen geben, um Mangel- und Fehlinformationen vorzubeugen.

Infrastruktur und Verkehr

Die Infrastruktur und der Verkehrssektor stehen vor großen gesellschaftlichen und technologischen Herausforderungen, die wir rational angehen und lösen wollen. Wir wollen, dass Fortbewegung in Zukunft nachhaltig und klima- und umweltschonend erfolgt.

Gerade die Diversität durch einerseits Großstädten in kleiner oder größerer Entfernung und ländliche Regionen wie der Taunus oder der Odenwald andererseits erfordern

unterschiedliche Konzepte. Diese müssen spezifisch auf die jeweilige Region und örtliche Gegebenheiten zugeschnitten sein. Zudem dürfen sie niemandem die Teilhabe und das Bewahren sozialer Kontakte verwehren und sollten für alle Menschen erschwinglich sein.

Unsere Forderungen:

- ✓ Ausbau der Ladeinfrastruktur
- ✓ Forschungs- und Entwicklungsförderung nicht-fossiler Antriebsarten
- ✓ Tempo 30 in Innenstädten
- ✓ verstärkte Investitionen in ein modernes Radwegenetz
- ✓ Anbindung des ländlichen Raums verbessern
- ✓ Stromnetze in Hessen ausweiten
- ✓ Sanierung baufälliger Brücken
- ✓ Reaktivierung stillgelegter Bahnverbindungen beschleunigen
- ✓ mehr Güterverkehr auf die Schiene bringen
- ✓ Umstieg auf andere Verkehrsmittel erleichtern
- ✓ günstigerer ÖPNV
- ✓ 365-Euro-Jahresticket für den ÖPNV
- ✓ Pilotprojekte zur „15-Minuten-Stadt“ einführen
- ✓ Urban Gardening fördern
- ✓ Urban und Vertical Farming fördern und umsetzen

Mobilität

Der Verkehrssektor steht vor der großen Aufgabe, seine CO₂-Emissionen zu reduzieren. Dies ist Teil einer nachhaltigen Mobilitätswende, die wir weiter vorantreiben und beschleunigen wollen.

Dazu wollen wir zum einen den Umstieg auf elektrisch betriebene Fahrzeuge deutlich attraktiver gestalten. Neben staatlichen Fördergeldern gehört dazu auch eine dichte, gut ausgebaute Lade-Infrastruktur, damit das Nutzen elektrischer Fahrzeuge nicht abhängig vom Wohnort ist.

Während in den Regionen um Frankfurt am Main, Wiesbaden, Aschaffenburg und Darmstadt ein relativ dichtmaschiges Netz an Ladesäulen vorhanden ist, gilt dies ansonsten nur für größere Städte wie Fulda und Kassel. Gerade Bereiche wie der Odenwald sind noch sehr lückenhaft ausgebaut. In ländlichen Regionen braucht es aber ein möglichst engmaschiges Netz, wenn kein guter ÖPNV vorhanden ist. Hier müssen mit den Kommunen Lösungen erarbeitet und ermöglicht werden.

Parallel wollen wir die Forschung an nicht-fossilen Antriebskonzepten und Treibstoffen vorantreiben. Antriebskonzepte wie batterieelektrische Fahrzeuge im Individualverkehr und im ÖPNV sowie Brennstoffzellen im Schiffs-, Flug-, Güter- und Fernverkehr sind notwendig, um langfristig Klimaneutralität im Verkehrsbereich zu erreichen. Um diesen

Bereich so schnell wie möglich zu dekarbonisieren, befürworten wir die Erforschung und Entwicklung entsprechender Technologien und Konzepte.

Power-to-X-Technologien, die aus überschüssigem Strom aus erneuerbaren Energien z. B. grünen Wasserstoff produzieren, sind hierbei ebenfalls wichtig. Hessen ist mit seinen Universitäten und Unternehmen gut aufgestellt, um hier Lösungen zu entwickeln. Für die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich wollen wir mehr Fördergelder bereitstellen.

Im Bereich der Verkehrssicherheit unterstützen wir die „Vision Zero“, also das Ziel, tödliche Verkehrsunfälle vollständig zu vermeiden. Auch wenn die Zahl der Verkehrstoten seit Jahren sinkt, wird es noch lange dauern, bis das Ziel von null Verkehrstoten erreicht ist. Um der Vision Zero näherzukommen, setzen wir uns für eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h in geeigneten Innenstädten ein.

Mit einer Verringerung der Höchstgeschwindigkeit erhöht sich einerseits die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer, andererseits sinken dadurch auch Treibstoffverbräuche und Feinstaub-Emissionen. Der Fokus darf insgesamt aber nicht nur auf dem motorisierten Verkehr liegen. Während es in städtischen Verkehrsgebieten zunehmend enger wird, da Autos, Fahrräder und Fußgänger auf begrenztem Raum miteinander konkurrieren, fehlen auf dem Land oftmals gut ausgebaute Radwege.

Die vom hessischen Landtag beschlossenen Fördergelder für den Ausbau des Radwegenetzes begrüßen wir sehr. Diese gute Grundlage wollen wir erhalten und weiter ausbauen.

Dabei befürworten wir lokale Projekte wie z. B. die Radverkehrskonferenz in Marburg-Biedenkopf und wollen sie durch unsere Unterstützung weiter vorantreiben. Der Input der lokalen Gemeinde ist uns sehr wichtig, um ein für alle Teilnehmer zufriedenstellendes Ergebnis zu erhalten. Besonderes Augenmerk muss auf die Sicherheit der Fahrradfahrer gelegt werden, da sie die gefährdetsten Verkehrsteilnehmer sind. Langfristig wollen wir eine getrennte und ununterbrochene Infrastruktur für Rad- und Fahrzeugverkehr.

Jeder Verkehrsteilnehmer soll die Chance haben, klimafreundlich, schnell und vor allem sicher an sein Ziel zu kommen, unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel. Dafür wollen wir auch den Ausbau von Radschnellwegen zwischen den Städten beschleunigen, unterstützt durch Bedarfsanalysen und eine zügige und nachhaltige Umsetzung.

Infrastruktur

Dank seiner zentralen Lage bietet sich Hessen hervorragend als Transitland an, das erneuerbaren Strom aus den Anlagen im Norden in die südlichen Bundesländer leitet. Derzeit müssen immer wieder Windkraftanlagen abgeschaltet werden, da sie sonst das Stromnetz überlasten würden. Dadurch sinkt einerseits die Effektivität der

Windkraftanlagen, andererseits müssen weiter Großkraftwerke diese Leistung auffangen.

Neben der Stromtrasse Südlink und der Fulda-Main-Trasse stoßen Stromtrassen generell immer wieder auf lokale Widerstände, unter anderem bezogen auf Umweltschutz und die Nähe zu Wohngebieten. Jedoch sind Stromtrassen für die Energiewende, an der kein Weg vorbei führt, unabdingbar. Wir wollen uns dafür einsetzen, den Trassenbau zu beschleunigen, ohne dabei Sicherheits- und Umweltstandards sowie Bedenken von Anwohnern unter den Tisch fallen zu lassen.

Die Verkehrswege in Hessen müssen modernen Standards genügen. Viele Brücken sind baufällig, Autobahnbrücken ebenso wie Eisenbahnbrücken in Städten und abseits von Autobahnen. Wir wollen die Sanierung der Brücken beschleunigen. Die dient vor allem der Sicherheit, kann aber gleichzeitig auch lokale Arbeitsplätze sichern.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken. Um einerseits die Attraktivität der Bahn als Alternative zum Auto und andererseits auch die Attraktivität des ländlichen Raums zu erhöhen, ist ein gut ausgebauter Zugverkehr unabdingbar. Die derzeitige Landesregierung hat hier bereits Schritte unternommen – wir wollen diesen Prozess weiter vorantreiben und so weit wie möglich beschleunigen und ausbauen.

Eine dieser Bahnstrecken könnte für die Wiesbadener Citybahn genutzt werden, deren Ablehnung durch den Bürgerentscheid im Jahr 2020 aus unserer Sicht eine klare Fehlentscheidung in Bezug auf eine moderne Verkehrsstruktur darstellt.

Wir befürworten staatliche Zuschüsse für ÖPNV-Fahrkarten, z. B. über ein 365-Euro-Jahresticket. Verfügbare Mittel sollten zunächst in den Ausbau des Netzes investiert werden, insbesondere im ländlichen Raum. Perspektivisch halten wir einen entgeltfreien ÖPNV für ein erstrebenswertes Ziel, um den Umstieg auf klimafreundlichere Mobilitätsformen attraktiver zu gestalten.

Städte der Zukunft

Durch erhöhtes Aufkommen an Individualverkehr und die Überlappung verschiedener Mobilitätsformen sind viele Städte zunehmend gefordert. Das Konzept der autogerechten Stadt wollen wir schrittweise durch ein Konzept für eine menschengerechte Stadt ersetzen.

Wir sehen die Zukunft unserer Städte in einem fußläufigen Erlebnis, das durch Bus, Bahn und Rad ergänzt wird. Dabei orientieren wir uns am Konzept der 15-Minuten-Stadt, in der innerhalb von 15 Minuten alles wichtige fußläufig erreichbar ist. Daher müssen Umsteigemöglichkeiten vom PKW auf andere Verkehrsmittel eingerichtet und attraktiv gestaltet werden, etwa durch kostenfreie Pendlerparkplätze.

In den Innenstädten wollen wir den Anteil von Grünflächen erhöhen. Mehr Bäume und Pflanzen sorgen für eine kühlere Umgebung und sind gleichzeitig gut für unser Klima, da

sie CO₂ speichern. In diesem Zusammenhang setzen wir uns ebenfalls für verstärktes Urban Gardening ein. Das bedeutet, mehr kommunale Kleingärten zu fördern und beinhaltet auch das Züchten von Pflanzen für den eigenen Bedarf, z. B. auf Balkonen und in kleinen Siedlungsgebieten. Zusätzlich zu einer Stärkung des Gemeinschaftsgefühls trägt es auch dazu bei, das Bewusstsein und den Zugang zu frischem Gemüse zu stärken und zu ermöglichen.

Wir wollen in Ballungsräumen Urban Farming und Vertical Farming voran treiben. Diese beiden Formen der Landwirtschaft bieten eine effizientere Flächennutzung auf kleinerem Raum. Die Entwicklung und Forschung an diesen Konzepten wollen wir verstärkt fokussieren und eine Umsetzung schnell realisieren.

Bildung

Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das jungen Menschen ermöglicht, sich frei von dogmatischen Einflüssen zu selbstständigen und selbstbestimmten Individuen zu entwickeln.

Unser Ziel ist es, eine selbstbestimmte und selbstständig denkende Gesellschaft zu erreichen. Dafür benötigen wir ein Bildungssystem, das alle Menschen dabei unterstützt.

Die Vermittlung demokratischer Werte und die humanistische Aufklärung sind wichtig für die Stärkung persönlicher Freiheitsrechte. Bildung ist kein starres System, sondern muss sich am aktuellen Forschungsstand der Bildungsdidaktik orientieren. Gerade das vermehrte Auftreten von Populismus, Fake News und Verschwörungstheorien erfordert eine grundsätzliche Bildung, die jeden Menschen dazu befähigt, sich eigenständig und verlässlich zu informieren. Das Internet ist inzwischen ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags, deshalb muss sichergestellt werden, dass jedes Kind verantwortungsbewusst damit umgehen kann.

Besonders angesichts der jüngsten Ergebnisse der IGLU- Studie wollen wir uns besonders auf Projekte für Bildung, Integration und Inklusion konzentrieren, um allen Beteiligten die gleichen Chancen auf eine gute Bildung zu ermöglichen.

Unsere Forderungen:

- ✓ einheitliches (europäisches) Bildungssystem
- ✓ Einrichten einer Online- Plattform für Unterrichtseinheiten
- ✓ Ganztagsangebot
- ✓ übergreifendes Bildungskonzept mit enger Abstimmung sämtlicher Bildungsebenen
- ✓ kostenloser Kitaplatz
- ✓ Fachkräftemangel entgegenwirken durch Erhöhung der Attraktivität des Erzieher- und Lehrerberufs
- ✓ praxisnahe und unbürokratische Ermöglichung von Inklusion
- ✓ Maximalbelegung eines Klassenraums auf ca. 20 Schüler

- ✓ kostenlose Materialien (Bücher, Utensilien für den Kunstunterricht, etc.)
- ✓ Kostenlose, unkomplizierte Nachhilfe
- ✓ bekenntnisorientierten Religionsunterricht abschaffen und durch Ethikunterricht ersetzen
- ✓ keine Erfassung der Religionszugehörigkeit der Schüler
- ✓ Tablets als optionalen Papierersatz einführen
- ✓ digitale Infrastruktur an Schulen sicherstellen
- ✓ freie Software und Übung in ihrem Umgang
- ✓ Medienkompetenzen vermitteln
- ✓ verpflichtender Informatikunterricht an weiterführenden Schulen
- ✓ Entfristung Projekt „Löwenstark“
- ✓ Förderung weiterer Programme für Bildung
- ✓ werbefreie Schulen
- ✓ bessere Finanzierung der Schulen

Einheitliche (europäische) Bildung

Kurzfristig unterstützen wir länderübergreifende Kooperationen bei Bildungsplänen für Kitas, Lehrplänen und Abschlussprüfungen. Langfristig soll das Bildungssystem deutschlandweit einheitlich gestaltet werden.

Die Nachteile eines föderalen und dezentralen Bildungssystems, wie die fehlende Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse, überwiegen die Vorteile. Ein zentrales Bildungssystem kann viel stärker von fachlicher Expertise und speziellen Lernmaterialien profitieren.

Außerdem wird dadurch die Vergleichbarkeit von Kompetenzen und Abschlüssen erhöht. Auch die Vernetzung zwischen den verschiedenen Bildungsinstitutionen soll verbessert werden, sodass ein ganzheitliches Bildungskonzept entsteht, das von Krippe bis Hochschule ineinandergreift.

Wir fordern die Einrichtung einer landesweit zugänglichen Lehrerbörse, auf der Lehrer Erklärvideos und Unterrichtseinheiten austauschen können. Besonders erfolgreiche Inhalte wollen wir dabei finanziell fördern. Dies soll als Anreiz dienen, möglichst hochwertige Inhalte zu produzieren.

Langfristig wollen wir Bildung auch europaweit angleichen. Europäische Forschung soll dabei stets einen Fokus darauf haben, die globalen Probleme unserer Zeit anzugehen und im Sinne einer aufgeklärten Gesellschaft wirken.

Wir möchten, dass europäische Bildung und Forschung stets die besten Standards erfüllt. Konkret wollen wir Schüleraustausch-Programme erweitern und den Ausbau des Erasmus-Programms vorantreiben, um Europa als Bildungsstandort zu stärken und einer Abwanderung von Talenten aus Europa entgegenzuwirken.

Eine Vernetzung der Ausbildungsberufe innerhalb Europas und damit eine Angleichung geltender Standards wollen wir ebenfalls fördern. Es wird notwendig sein, europäische

Kompetenzraster und Lehrpläne zu erstellen, die durch regionale Bildungsbausteine erweitert werden, um vergleichbare Standards innerhalb der EU zu schaffen.

Dabei ist uns besonders wichtig, dass das duale Ausbildungssystem erhalten bleibt und sich im besten Fall auch in anderen Ländern durchsetzt. Das deutsche Ausbildungssystem genießt weltweit einen sehr guten Ruf und hohe Anerkennung. Gerade die direkte Verknüpfung von theoretischen und praktischen Lehrinhalten ist sehr erfolgreich und Grundlage für eine solide Ausbildung.

Die maximale Schüler-Anzahl innerhalb einer Klasse wollen wir auf 20 Schüler begrenzen. Dies senkt den Lärmpegel innerhalb des Klassenzimmers enorm und ermöglicht der Lehrkraft einen besseren pädagogischen Umgang mit den Schülern. Dadurch reduzieren wir auch die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte.

Soziale Bildung

Das Schulsystem muss für die individuelle Bildung durchlässiger gestaltet werden. Deshalb wollen wir den Übergang zu Gesamtschulen fördern.

Um Inklusion in der Praxis zu ermöglichen, brauchen wir in unseren Bildungsinstitutionen interdisziplinäre Teams, die schnell und unbürokratisch auf individuelle Bedürfnisse reagieren können. Eine angemessene personelle Ausstattung unter Berücksichtigung von Abwesenheiten (Krankheit, Urlaub, Fortbildung etc.) muss gewährleistet werden.

Die Unterstützung hilfsbedürftiger Kinder darf nicht am Elternhaus scheitern; kostenlose Nachhilfeangebote müssen durch die Schule beworben und vermittelt werden. Außerschulische Lernförderung vom Land gibt es bereits, wird jedoch aufgrund von zu hohem bürokratischen Aufwand und mangelnder Bekanntheit oft nicht wahrgenommen.

Die gesamte Bildungslaufbahn muss kostenlos sein, dazu gehören kostenlose Materialien wie Lehrbücher, Schreibwaren und technische Hilfsmittel. Wir lehnen auch die Erhebung von Kopiergeld und anderen Zusatzgebühren für Lernmaterialien ab.

Die Teilnahme an Bildungsausflügen und Klassenfahrten darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein. Deswegen muss das Land die Kosten vom Einkommen abhängig komplett oder teilweise übernehmen. Kein Kind soll vom sozialen Miteinander ausgeschlossen werden.

Damit Elternschaft und Beruf besser vereinbar sind, müssen Ganztagsangebote ausgebaut werden.

Säkulare Bildung

Schulen sind staatliche Einrichtungen und müssen somit nach Art. 140 GG auch religionsneutral sein. Daher sind Religionsunterricht und Weltanschauungsunterricht an allen staatlichen Schulen abzuschaffen und durch ein allgemeines Pflichtfach Ethik oder „Werte und Normen“ zu ersetzen, das von der ersten Klasse an erteilt wird.

Damit auch genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen, wollen wir entsprechende Weiterbildungen für Religionslehrkräfte sowie zusätzliche Lehrstühle und Lehramtsstudiengänge für das Fach Ethik an pädagogischen Hochschulen und Universitäten einrichten.

Die Konfessionszugehörigkeit der Kinder darf von den Schulen nicht länger erfasst werden. Diese Information sehen wir nicht als notwendig für den Schulunterricht an.

Digitale Bildung

Eine zunehmend digitalisierte Bildung ermöglicht es, allen Menschen schnellen Zugang zu ihr zu erhalten. Unabhängig von der Erreichbarkeit von Schulen und den körperlichen Gegebenheiten des Schülers kann so Bildung für jeden zugänglich und erreichbar werden. Zudem vereinfacht sie Prozesse und reduziert den Aufwand und die Kosten für Lehrmaterialien.

Durch den immer weiter wachsenden Zugang zu Online- Medien wird die Schaffung einer grundlegenden Medienkompetenz immer wichtiger. Gerade in Zeiten von immer mehr Fake News, Deepfakes und einer Zunahme von Verschwörungstheorien ist Medienkompetenz eine sehr wichtige Eigenschaft, die nötig ist. Das bedeutet z. B. das kritische Überprüfen von Quellen sowie die Aneignung von Wissen für das Lösen von alltäglichen Problemen.

Grundvoraussetzungen für digitale Bildungskonzepte sind eine konsequente Breitband-Anbindung an Bildungseinrichtungen sowie eine flächendeckende Bereitstellung von Hardware. Letzteres umfasst neben der Nutzung vor Ort auch Möglichkeiten zur kostenlosen Ausleihe von Notebooks.

Auch muss jeder Schule entsprechend geschultes Personal zur Verfügung stehen, welches die IT-Infrastruktur betreiben und warten kann. Diese Aufgabe darf nicht mehr technikaffinen Lehrkräften aufgelastet werden.

Hierzu gehört unter anderem, dass Kinder sich im Unterricht selbst über Online-Quellen Wissen aneignen können und der Umgang mit Software entsprechend geschult und eingebunden wird. Die Benutzung von quelloffener Software ist sowohl ein notwendiger Teil von modernem Unterricht als auch eine wichtige Fähigkeit für das Leben nach der Schule. Diese Benutzung kann das Auswerten von Versuchsprotokollen im Physikunterricht, das Erstellen einer Präsentation oder die Veranschaulichung von mathematischen Konzepten mit Hilfe von Online-Tools sein.

An jeder weiterführenden Schule muss Informatikunterricht angeboten werden. Wenn hierfür das notwendige Personal fehlt, sollen externe Fachkräfte, bei Bedarf mit pädagogischer Unterstützung durch ausgebildete Lehrkräfte, eingesetzt werden.

Wie es einige Schulen in Hessen bereits zeigen, ermöglicht der Einsatz von Tablets als Papierersatz und digitalen Whiteboards anstelle von herkömmlichen Tafeln einen interaktiveren, zeitgemäßen und vor allem effizienteren Unterricht. Sei es das einfache Spiegeln von Bearbeitungen an der digitalen Tafel, das Arbeiten an kollaborativen

Dokumenten oder das Vermeiden des Schultaschen-Schleppens – der Einsatz moderner Technik in Klassenräumen bietet viele Vorteile.

Wir fordern daher, dass ein nahezu papierfreier Unterricht in Hessens weiterführenden Schulen optional wird. Dazu soll jeder Schüler kostenlos ein Tablet inklusive Stift und benötigte Apps erhalten. Auch die allgemeinen Schulkosten würden damit stark gemindert werden, da z. B. Taschenrechner durch entsprechende, zumeist günstigere, Apps ersetzt werden.

Die Lehrkräfte für Klassen mit Tablets müssen speziell geschult werden, damit sie in der Lage sind, mit ihnen umzugehen. Weiterhin muss eine landeseinheitliche, digitale Kursmanagementplattform geschaffen werden. Um das Schreiben von Klausuren auf Tablets statt Papier zu ermöglichen, müssen technische sowie gesetzliche Grundlagen geschaffen werden.

Soziale Bildungsprojekte

Wir wollen in Hessen mehr soziale Bildungsprojekte initiieren. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Projekt „Löwenstark“. Dieses Projekt diente dazu, die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Schutzmaßnahmen, soweit es geht, zu begrenzen und zu beheben. Dafür gab es zusätzliche Förderangebote für Schüler, mehr Lernmittel und Hausaufgabenbetreuung.

Förderprogramme wie „Löwenstark“ sind sehr wichtig für die Bildung und Integration von Kindern jeglicher sozialer Herkunft. Die wissenschaftliche Begutachtung des Löwenstark-Projekts hat deutlich gezeigt, wie erfolgreich es bisher war. Deshalb wollen wir uns für die Entfristung des Projekts einsetzen und es dauerhaft fördern.

Werbefreie Schulen

Die Schule muss ein Raum bleiben, der frei von jeglicher Werbung ist. Das Sponsoring der NFL-Liga in hessischen Schulen sehen wir sehr kritisch. Bildung soll finanziell unabhängig und damit frei von finanzieller Beeinflussung stattfinden.

Die Finanzierung von Schulen sollte nicht durch Unternehmen erfolgen, auch das Bereitstellen von Unterrichtsmaterialien und Ausrüstung durch Unternehmen sehen wir kritisch. Wir wollen die Schulen finanziell dahingehend ausstatten, dass Sponsoring nicht nötig ist und gar nicht erst stattfindet.

Selbstbestimmung

Die individuelle Freiheit ist die wichtigste Voraussetzung, um ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Grundsätzlich soll der Staat nicht bestimmen, was für ein erwachsenes Individuum richtig ist und welche Entscheidungen es für das eigene

Leben trifft. Der Staat tritt nicht als Vormund seiner Bürger auf, sondern unterstützt sie, ihr Leben frei und selbstbestimmt zu gestalten, indem er ihre Grundrechte schützt.

Zu diesen Grundrechten gehört für uns insbesondere die körperliche Selbstbestimmung. Leihmutterchaft und Sexarbeit sind deshalb eine legitime Nutzung des eigenen Körpers. Solchen Entscheidungen darf sich der Staat nicht aufgrund von konservativen Vorurteilen entgegenstellen.

Auch in Hinblick auf sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität gilt für uns der Grundsatz der Selbstbestimmung. Eine freie Entfaltung der Persönlichkeit ohne Angst vor Gewalt und Diskriminierung muss für jede Person gewährleistet werden. Vielfältige Lebensrealitäten gilt es nebeneinander zu akzeptieren. Gegen queerphoben Hass und queerfeindliche Gewalt wollen wir entschieden vorgehen.

Drogenkonsum ist für uns ebenfalls eine Frage der Selbstbestimmung, die mündigen Erwachsenen nicht vorenthalten werden sollte.

Der Staat muss in all diesen Bereichen für Schutz sorgen. Geschützt werden müssen Sexarbeiter vor Ausbeutung. Kinder verdienen Schutz vor medizinisch nicht notwendigen körperlichen Eingriffen, wie der genitalen Beschneidung. Ungewollt Schwangere sollten ein Recht auf einfach zugängliche Informationen zum Schwangerschaftsabbruch und auf dessen Durchführung bis zur 20. Schwangerschaftswoche haben. Auch die professionelle, medizinische Durchführung und Beratung hat straffrei und entkriminalisiert zu sein.

Drogenkonsumenten sollten zu legalen Verbrauchern werden und damit auch auf die Vorzüge von Verbraucherschutzrechten zurückgreifen können, die den Drogenkonsum nicht zu einem Risiko, z. Bsp. durch Verunreinigungen oder ungenaue Dosierungen, für ihre Gesundheit werden lassen. Die Bürger unseres Landes verdienen es, nicht bei der Wahl ihrer Genuss- und Konsummittel bevormundet zu werden.

Unsere Forderungen:

- ✓ Abkehr von der Prohibitionspolitik bei Drogen
- ✓ Ausgabe von Drogen nur von zertifizierten Stellen
- ✓ Ausgabe zusammen mit Aufklärung über gesundheitliche Auswirkungen und Suchtpotenzial
- ✓ Mehr „Drug-Checking“-Angebote schaffen
- ✓ Wissenschaftliche Aufklärung über Drogen
- ✓ Mehr Forschung über Drogen
- ✓ Angebot an Drogenkonsumräumen erhöhen
- ✓ Rechtliche und gesellschaftliche Akzeptanz vielfältiger Partnerschaftsmodelle schaffen
- ✓ Geschlechtliche Selbstbestimmung stärken, Transsexuellengesetz ablösen

- ✓ Nicht-binäre Geschlechtsidentitäten auch abseits von biologischer Intergeschlechtlichkeit anerkennen
- ✓ Entschiedenenes Vorgehen gegen Gewalt und Hass, online und im echten Leben
- ✓ Finanzielle Förderung von Forschung zu queeren Identitäten und queerfeindlicher Gewalt
- ✓ Bestehende Diskriminierung queerer Personen abschaffen
- ✓ Legalisierung von Sexarbeit nach neuseeländischem Modell
- ✓ Einrichtung von Beratungsstellen und Bildungs- und Umstiegsangeboten
- ✓ Anerkennung der Sexarbeit als Beruf
- ✓ Beteiligung von Gewerkschaften und Verbänden an der Gesetzesentwicklung

Psychoaktive Substanzen

Wir fordern einen Wandel hin zu einer aufgeklärten Drogenpolitik. Die Prohibition verfehlt nicht nur das erklärte Ziel, den Konsum von psychoaktiven Substanzen zu reduzieren, sondern führt dazu, dass Konsum und Handel unkontrolliert, unreguliert und nicht aufgeklärt stattfinden. Wir wollen den Verkauf von Drogen für zertifizierte Stellen, z. B. Apotheken, genehmigen. Dies muss beim Kauf einhergehen mit Aufklärung über die gesundheitlichen Auswirkungen und die Suchtpotenziale. Auch „Drug-Checking“, also das Testen von Drogen auf ihre Inhaltsstoffe, wollen wir fördern. Auf Landesebene setzen wir uns für eine stärkere Förderung von Drogenkonsumräumen ein. Nur so kann der Konsum seitens stark Abhängiger in einer kontrollierten Umgebung stattfinden.

Für Drogenkonsumräume wurden im Jahr 2000 in §10a BtMG bestimmte Anforderungen festgelegt. Unter anderem müssen ausstiegsorientierte Therapieangebote vermittelt werden und medizinische Notfallversorgung bereitstehen. Seit Einführung der gesetzlichen Grundlage obliegt es der Landesregierung, solche Einrichtungen zu genehmigen und zu fördern.

In ganz Hessen gibt es derzeit nur vier Drogenkonsumräume in Frankfurt, obwohl sich Drogenkonsumräume nachgewiesenermaßen positiv auf die Anzahl der Toten durch unmittelbaren Konsum der Drogen auswirken. Wir fordern mehr Konsumräume, besonders in Regionen, die überdurchschnittlich stark von Drogenkonsum und dessen Auswirkungen betroffen sind.

Wir wollen die wissenschaftliche Forschung an psychoaktiven Substanzen fördern, um deren Gesundheitsgefährdung und Suchtpotenzial mit transparenten und verlässlichen Erkenntnissen zu erschließen. Das schließt auch Drogenkonsumräume ein. Diese sollen Gegenstand wissenschaftlicher Forschung werden. Dazu sollen Jahresberichte der Konsumstellen vorgelegt werden, wie es bereits in anderen Bundesländern der Fall ist.

Queerpolitik

Wir stehen für Selbstbestimmung in Hinblick auf sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität ein. Eine freie Entfaltung der Persönlichkeit ohne Angst vor Gewalt und Diskriminierung muss für jede Person gewährleistet werden. Jeder Mensch soll frei sein, zu lieben, wen und wie er möchte. Das beinhaltet gleichgeschlechtliche Partnerschaften genauso wie polyamore Beziehungen. Auch den Lebensrealitäten von Personen des asexuellen und aromantischen Spektrums wollen wir gerecht werden.

Gleichzeitig soll jeder Mensch auch frei sein, die eigene Geschlechtsidentität auszuleben. Das Land Hessen soll die Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes als Ersatz für das diskriminierende Transsexuellengesetz unterstützen. Der Rechtsstatus von nicht-binären Personen soll zudem durch die Einführung eines entsprechenden neuen Geschlechtseintrags oder Inklusion in den Geschlechtseintrag „divers“ sichergestellt werden – bisher bezieht sich der Eintrag „divers“ rechtlich nur auf biologische Intergeschlechtlichkeit, nicht aber auf eine nicht-binäre Geschlechtsidentität.

Die queere Community ist auch heute besonders von Hass und Gewalt betroffen. Aktuell sehen wir eine deutliche Verschlimmerung der Situation bzgl. Hass gegen queere Personen online und im politischen Diskurs, insbesondere gegen trans* Personen und Drag-Artists. Dem stehen wir entschieden entgegen. Gewalt gegen queere Personen muss konsequent verfolgt werden. Hier bedarf es u.A. einer Verbesserung der Datenlage, sowie stärkerer Sensibilisierung von Polizeibeamten für das Thema.

Die Abschaffung des Blutspendeverbots für Männer, die gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehr praktizieren, begrüßen wir. Dennoch gibt es auch heute noch weitreichende systematische Diskriminierung der queeren Community. Ein Beispiel hierfür bietet das kirchliche Arbeitsrecht. Derartige Diskriminierung wollen wir schnellstmöglich beenden.

Sexarbeit

Sexarbeit wird häufig als das „älteste Gewerbe der Welt“ bezeichnet. Sie ist ein Gewerbe, das zweifelsohne mit Vulnerabilität und hohem Potenzial für Ausbeutung und Missbrauch verbunden ist. Allerdings gibt es ebenso Menschen, die selbstbestimmt und freiwillig der Sexarbeit nachgehen und damit ihren Lebensunterhalt bestreiten wollen. Die Gesetzgebung muss beiden Aspekten gerecht werden.

Die Kriminalisierung der Sexarbeit, wie sie z. B. von Anhängern des nordischen Modells bevorzugt wird, bewirkt nachweislich keine Verbesserung der Situation. Die Verlagerung der Sexarbeit in die Illegalität erschwert vielmehr die staatliche Kontrolle, verschlechtert

so die Arbeitsbedingungen der Sexarbeiter und verstärkt die bereits vorhandene gesellschaftliche Stigmatisierung noch zusätzlich.

Wir fordern die Legalisierung der Sexarbeit nach neuseeländischem Vorbild und die damit verbundene Anerkennung als Beruf. Leicht zugängliche Beratungsstellen, bessere Gesundheitsvorsorge sowie Bildungs- und Umstiegsangebote sollen Sexarbeiter unterstützen und – wenn gewünscht – Alternativen aufweisen.

Politische Änderungen in anderen Politikbereichen, wie die Einführung eines Grundeinkommens und eine rationale Drogenpolitik, sollen sicherstellen, dass Sexarbeit selbstbestimmt stattfindet. Wir wollen Gewerkschaften und Verbände an der Gesetzesentwicklung beteiligen, um zu gewährleisten, dass die Interessen und Bedürfnisse der Sexarbeiter berücksichtigt werden.

Wohnen

Chancengleichheit, Hilfe zur Selbsthilfe und Unterstützung in der Not kennzeichnen unsere Sozialpolitik. Es ist unser erklärtes Ziel, darauf hinzuwirken, dass sich jeder Mensch frei entfalten und ein gleichberechtigtes und mitwirkendes Mitglied der Gesellschaft sein kann.

Schon lange ist es überfällig, dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum etwas entgegenzusetzen, denn angemessenes und bezahlbares Wohnen muss für jeden möglich sein. Gerade in den großen Städten bedarf es einer nachhaltigen und langfristigen Entwicklung des Wohnumfeldes.

Unsere Forderungen:

- ✓ Housing-First- Projekte ausweiten
- ✓ Ausbau von Sozialwohnungen vorantreiben
- ✓ Zweckentfremdungen verhindern
- ✓ Überarbeitung der Grunderwerbssteuer
- ✓ bürokratische Hürden abbauen
- ✓ Umwandlung leerstehender Bürogebäude in Wohnungen beschleunigen
- ✓ Bau in die Höhe statt Breite
- ✓ Förderung klimafreundlicher Sanierungen

Housing First

Jeder Mensch hat das Recht auf eine angemessene und bezahlbare Wohnung. Leider wächst die Wohnungsnot immer weiter an. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen oder ohne festen Wohnsitz wird es dadurch immer schwieriger, eine Wohnung zu finden.

In Frankfurt wurde vor einiger Zeit das erste hessische Housing-First-Projekt gestartet. Dabei erhalten Menschen ohne festen Wohnsitz eine Wohnung und eine freiwillige Betreuung. Dies hilft ihnen, wieder Fuß zu fassen und erhöht, neben den positiven Effekten für die psychische Gesundheit, auch erheblich die Chance, eine Arbeitsstelle zu finden.

In anderen Ländern zeigt dieses Konzept bereits Erfolge: So schaffen es in Finnland 80% der Bürger, nach dem Auszug eine eigene Wohnung zu behalten. Wir wollen Housing-First-Projekte ausbauen und fördern, da sie ein effektives Mittel zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit sind und so dazu beitragen, dass das Recht eines jeden Menschen auf Teilhabe an unserer Gesellschaft verwirklicht wird.

Sozialer Wohnungsbau

Beim Bau von Sozialwohnungen sind bereits Fortschritte zu verzeichnen. Dennoch besteht nach wie vor ein großer Bedarf an Sozialwohnungen. Angesichts der massiv steigenden Miet- und Energiekosten haben es gerade einkommensschwache Menschen schwer, eine Wohnung zu finden. Sie sind daher umso mehr auf Sozialwohnungen angewiesen.

Wir wollen den Ausbau von Sozialwohnungen weiter vorantreiben und die Konditionen für Förderung und Bau, die zuletzt 2020 aktualisiert wurden, kontinuierlich verbessern. Um den sozialen Wohnungsbau effektiv zu fördern, ist auch wichtig, dass Zweckentfremdungen vermieden werden.

Wohnungsgenossenschaften und kommunale Wohnungsgesellschaften befürworten wir und wollen sie unterstützen.

Genereller Wohnungsbau

Auch abseits von Sozialwohnungen herrscht in Hessen Wohnungsnot – ein Zustand, der sich durch immer höhere Mieten, aber auch bürokratische Hürden zunehmend verschärft.

Wir wollen die bürokratischen Hürden beim Wohnungsbau so schnell wie möglich abbauen. Dazu gehört auch das Beschleunigen von Planungs- und Genehmigungsverfahren, ohne dass die Sicherheit darunter leiden darf.

Leerstehende Büroflächen, die nicht mehr für Büros genutzt werden, wollen wir – soweit möglich – in Wohnungen umwandeln. Dafür wollen wir die entsprechenden Regelungen vereinfachen, um bürokratische Hürden abzubauen und die Umwandlung zu beschleunigen. Verbunden werden soll dies mit einer Förderung von Gebäuden mit gemischter Nutzung, in denen Gewerbe und Wohnungen im gleichen Gebäude untergebracht werden sollen.

Auch eine Reform der Grunderwerbssteuer ziehen wir in Betracht, damit das Bauen neuer Wohnungen attraktiver wird. Dabei sollte prinzipiell mehr in die Höhe statt in die Breite gebaut werden, um Flächenversiegelungen weitestgehend zu vermeiden. Verdichtung und Sanierung des Bestands sollten Priorität vor Neubau haben.

Die energetische Sanierung von Wohnungen birgt ein erhebliches Potenzial zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, das jedoch noch zu selten ausgeschöpft wird. Um im Bestand schneller Fortschritte zu erzielen, wollen wir eine Klimaförderung für die Sanierung von Mietwohnungen einführen. Dabei sollen Mieter und Vermieter von der Sanierung finanziell profitieren können (z. B. durch Einsparungen bei den Heizkosten). Dies soll auch einem Anstieg der Mieten in sanierten Gebäuden entgegenwirken.

Arbeits- und Sozialpolitik

Wir sehen unsere Aufgabe darin, jedem Menschen die Möglichkeit zu geben, ein gleichberechtigtes, mitwirkendes und geachtetes Mitglied unserer Gesellschaft zu sein. Humanistische Sozialpolitik setzt auf Chancengleichheit, materielle und soziale Teilhabe, Inklusion, Hilfe zur Selbsthilfe und den Schutz von Kindern und Familie.

Wir wollen die Rechte der Kinder in den Gesetzen und vor Gericht stärken und die Eltern- und Partnerschaft in allen Formen gleichberechtigt anerkennen. Eine inklusive Gesellschaft anerkennt und schätzt die Vielfalt der Menschen und würdigt die individuellen Stärken, Eigenheiten und Perspektiven einer jeden Person. Wir fordern faire Arbeitsbedingungen und individuelle Verträge, gerechte Entlohnung, Mitarbeitermitwirkung und -beteiligung, eine angemessene Alterssicherung sowie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dazu wollen wir beispielsweise Pilotprojekte zur Einführung einer 4-Tage-Woche finanziell unterstützen.

Unsere Forderungen:

- ✓ Pilotprojekte zur Einführung einer 4-Tage-Woche
- ✓ rechtliche Gleichstellung aller Partnerschaften in allen Bereichen
- ✓ Grundeinkommen für Kinder
- ✓ kostenlose, weltanschaulich neutrale Kindertagesstätten
- ✓ paritätisches Betreuungsmodell als Leitbild
- ✓ Abschaffung der Sanktionen, Auflagen und Vermögensprüfungen bei Bürgergeld
- ✓ Erleichterung der Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Bürgergeld
- ✓ Wissenschaftlich begleitete Modellprojekte für die Einführung eines existenzsichernden Grundeinkommens
- ✓ Beratungsangebote zu Inklusion für Unternehmen
- ✓ leichter Zugang zu Hilfsmitteln für Menschen mit Behinderungen
- ✓ Staat als Vorbild im Bereich Inklusion

- ✓ Mindestlohn in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
- ✓ finanzielle Unterstützung für Auszubildende
- ✓ Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung
- ✓ Ausweitung der Mindestausbildungsvergütung auf minderjährige Auszubildende
- ✓ finanzielle Unterstützung für ausbildende Kleinbetriebe
- ✓ bessere technische und digitale Ausstattung an berufsbildenden Schulen

Familien

Familie sind für uns Menschen, die in gegenseitiger Fürsorge und Verantwortung miteinander leben. Wir sind der Überzeugung, dass Familienpolitik genau hier ansetzen sollte. Der Beziehungsstatus und das Geschlecht der Partner sind zweitrangig. Daher wollen wir die Begriffe „Ehe“ und „Familie“ über die traditionelle, religiös geprägte Sicht hinaus um neue, zeitgemäße Modelle erweitern.

Unser Ziel ist ein Staat, der seine Familienpolitik kinderfreundlich und zukunftsorientiert ausrichtet. Wir machen uns für ein Grundeinkommen für Kinder stark, das höher ausfällt als das heutige Kindergeld, damit das Aufziehen von Kindern nicht zum Armutsrisiko wird.

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten, fordern wir einen flächendeckend kostenfreien Zugang zu weltanschaulich neutralen Kindertagesstätten. Weiterhin fordern wir die vollständige rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Dies schließt das Adoptionsrecht sowie die automatische Anerkennung der Elternschaft bei Geburt ein.

Auch getrennt lebende Elternteile mit gemeinsamen Kindern gelten für uns als Familie, einschließlich neuer Partner. Wie auch in der 2015 vom Europarat verabschiedeten „Resolution 2079“ vorgesehen, stehen wir für ein paritätisches Betreuungsmodell als juristisches und gesellschaftliches Leitbild im Familienleben und nach Trennungen ein. Die Patchwork-Familie kann für Kinder eine Herausforderung sein, bietet ihnen aber auch die Chance, mit beiden Elternteilen ein erfülltes Familienleben zu genießen, das dem traditionellen Familienbild in nichts nachsteht.

Dazu gehören eine rechtlich gleichgestellte Residenz der Kinder bei ihren Elternteilen und eine ausgewogene Verteilung der Betreuungszeiten unabhängig vom Trauschein. Kinder- und Familien-Förderungen wollen wir dabei auf alle Elternhäuser gleichmäßig verteilen und insgesamt so anpassen, dass die Bedürfnisse der Kinder auf allen Seiten ohne Existenzsorgen erfüllbar sind.

Abweichende Regelungen sollen weiterhin möglich sein, sofern entweder das Kindeswohl nachweislich beeinträchtigt ist oder diese einvernehmlich getroffen werden.

Grundeinkommen

Wir betrachten die langfristige Einführung eines existenzsichernden Grundeinkommens (GE) als wichtigen Beitrag zur Lösung drängender sozialer Probleme.

Kurzfristig unterstützen wir auch Maßnahmen, die das derzeitige Bürgergeld hin zu einer humaneren Grundsicherung reformieren. Dazu gehören die Abschaffung von Auflagen, Sanktionen und Vermögensprüfungen sowie die Erleichterung von Hinzuverdienstmöglichkeiten – insbesondere für Kinder von Transferempfängern.

Durch die Einführung des GE erhält jeder Bürger Deutschlands eine finanzielle Grundlage, die es ihm ermöglicht, sich frei von Existenzängsten zu verwirklichen. Damit begegnen wir nicht nur Armut als solcher, sondern können auch Folgeerscheinungen wie Existenzängste, soziale Isolation oder Kriminalität verringern. Arbeitslose hätten weniger mit Bürokratie, Sanktionen und Stigmatisierung zu kämpfen.

Die Einführung soll schrittweise erfolgen, um Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und beheben zu können. Das GE kann auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Wandel der Arbeitswelt durch Trends wie Automatisierung und Digitalisierung sozialverträglicher zu gestalten. Deshalb fordern wir die Durchführung von Modellprojekten auf Landesebene, um eine stabile Datenlage für eine Einführung in Deutschland zu erhalten.

Inklusion

Inklusion verbindet die individuellen Stärken, Eigenheiten und Perspektiven einer jeden Person im Rahmen einer Gesellschaft. Wir sehen sie als Anspruch jedes Menschen, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Jeder Mensch hat ein Recht auf Inklusion.

Eine inklusive Gesellschaft erkennt und schätzt die Vielfalt ihrer Mitglieder, ist offen für neue Ideen und neugierig auf Andersartigkeit. Sie fördert und fordert Menschen auf der Grundlage ihrer Möglichkeiten und bietet jeder einzelnen Person Teilhabe und Chancengleichheit. Für uns ist Inklusion nicht nur ein gesellschaftliches Prinzip der Wertschätzung, Akzeptanz und Solidarität, sondern auch Teil der unantastbaren Menschenwürde.

Wir stehen für ein inklusives Miteinander in allen gesellschaftlichen Bereichen, unabhängig von Herkunft, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung oder sozio-ökonomischem Hintergrund. Die Teilhabe von Menschen mit physischen oder psychischen Einschränkungen möchten wir besonders unterstützen.

Wir setzen uns daher für eine konsequente Umsetzung der Inklusion am Arbeitsplatz, beim Wohnen und in der Freizeit ein. Wir wollen Unternehmen mit Beratungsangeboten in ihren Bemühungen um Inklusion unterstützen und parallel den Zugang zu Hilfen für Personen mit Behinderung vereinfachen und entbürokratisieren. Der Staat sollte dabei eine Vorbildfunktion einnehmen und sämtliche staatlich finanzierten Angebote barrierefrei verfügbar machen.

Wir fordern zudem, den Mindestlohn auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen einzuführen. Die dort geleistete Arbeit, von der diverse Unternehmen profitieren, soll als gleichwertig anerkannt und geschätzt werden. Dazu zählt ein angemessener Umgang mit den Mitarbeitern und eine vernünftige Entlohnung, die auch ihre Leistungen anerkennt und würdigt.

Duale Berufsausbildung

Deutschlands duales Ausbildungssystem genießt weltweit ein hohes Ansehen. Die Kombination aus theoretischem Wissen an berufsbildenden Schulen und fachlicher Kenntnis in den Ausbildungsbetrieben sorgt für eine sehr effektive Ausbildung, von der sowohl Auszubildende als auch Ausbildungsbetriebe profitieren.

Der Staat bietet Auszubildenden verschiedene finanzielle Hilfen an, darunter etwa die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB). Diese sind jedoch in vielen Fällen an das Einkommen der Eltern geknüpft, wie es neben der BAB z. B. auch beim Wohngeld der Fall ist.

Trotz der staatlichen Unterstützungsangebote besteht seit Jahren eine Lücke zwischen angebotenen Stellen und Bewerbungen. Im Jahr 2022 sank die Zahl der Menschen, die in Hessen eine Ausbildung beginnen wollten und dafür bei der Agentur für Arbeit registriert waren, um 4,3 % auf insgesamt 33.700 Personen. Parallel dazu stieg die Zahl der dort registrierten Ausbildungsstellen um 5,7 % auf insgesamt 34.500.

Dabei ist die Ausbildung wichtig für die Wirtschaft essenziell. Allein im Bereich der Energiewende fehlen ca. 216.000 Fachkräfte. Die Privatwirtschaft unternimmt bereits kleine Schritte, um ihre Attraktivität für Auszubildende zu verbessern, mit kleinen Zusatzleistungen bis hin zu Tablets und eigenem Firmenwagen. Allerdings ist auch der Gesetzgeber gefordert, die Attraktivität der Ausbildung zu steigern.

Da gerade in der Energiewende der Fachkräftemangel auf ein zeitlich sehr drängendes Problem trifft, wollen wir in Hessen ein „Energiewende-BAföG“ Hessen einführen. Gefördert werden soll hierbei die Aus- und Weiterbildung im Bereich der Erneuerbaren Energien. Dazu zählen unter anderem Industrie- und Anlagenmechaniker, Elektroniker, Metallbauer, Fachinformatiker und Schornsteinfeger.

Wir wollen in Hessen auch zusätzliche finanzielle Unterstützungen für Auszubildende ermöglichen, die unabhängig vom Elternhaus und der Erst- oder Zweitausbildung greifen. Eine Ausbildung darf nicht zur Armut führen.

Seit 2015 gilt ein bundesweiter Mindestlohn für Auszubildende, die sogenannte „Mindestausbildungsvergütung“. Diese legt fest, dass im ersten Lehrjahr nicht weniger als 620 € im Monat an Ausbildungsvergütung ausgezahlt werden darf, sofern es keine abweichenden Branchenmindestlöhne gibt (wie z. B. in der Pflege). Auch minderjährige Auszubildende haben keinen Anspruch auf die Mindestvergütung.

Die Beschränkung auf volljährige Auszubildende verkennt die Realität der Ausbildung, die in großen Teilen schon vor Erreichen der Volljährigkeit angestrebt wird (etwa im Kfz-Bereich). Im Jahr 2021 betrug der Anteil der Minderjährigen unter den Azubis aller Gewerke knapp 20 %.

Wir setzen uns für eine deutliche Ausweitung und Erhöhung dieser Mindestausbildungsvergütung ein. Angesichts steigender Kosten für Lebensmittel, Energie und Mieten ist er in unseren Augen viel zu niedrig angesetzt.

Die Erhöhung darf jedoch nicht dazu führen, dass gerade kleinere Betriebe wie z. B. Bäckereien, Reinigungsunternehmen und kleine Handwerksbetriebe darunter leiden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, vor allem solche Betriebe stärker finanziell zu unterstützen, damit sie weiterhin ausbilden können.

Viele Berufsschulen sind nicht gut aufgestellt. Sowohl bei der digitalen Ausstattung als auch bei der fachpraktischen Ausstattung muss stark nachgebessert werden. Angefangen bei der technischen Ausstattung der Unterrichtsräume bis hin zu den Werkstätten – um eine hochwertige Ausbildung gewährleisten zu können, ist eine moderne, zeitgemäße Ausrüstung unverzichtbar.

Digitalisierung

Die Digitalisierung prägt unsere Gesellschaft bereits massiv. Um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müssen wir die Chancen der Digitalisierung jetzt nutzen und gleichzeitig möglichen Gefahren proaktiv begegnen. Wir wollen Deutschland nicht nur auf die zunehmenden Veränderungen vorbereiten, sondern diese mutig vorantreiben und positiv beeinflussen. Wir wollen daher die dazugehörigen Technologien und die Forschung fördern, bei der Anwendung jedoch abwägen, ob eine Digitalisierung im jeweiligen Fall sinnvoll ist.

Das Menschenrecht auf Privatsphäre kann nur geschützt werden, wenn beim Datenschutz grundsätzlich informationelle Selbstbestimmung gewährleistet wird. Je mehr Daten digital verarbeitet werden, umso wichtiger ist es, Datenschutz und Datensparsamkeit schon von Beginn an konsequent umzusetzen. Dabei darf Datenschutz aber auf keinen Fall zum Selbstzweck werden oder gar als Vorwand für eine eigentlich technikfeindliche Haltung missbraucht werden. Entscheidungen müssen stets zeitgemäß, transparent, verständlich und praktikabel sein.

Unsere Forderungen:

- ✓ Herabsetzung der Anforderungen für die Finanzierung des Breitbandausbaus
- ✓ beschleunigter 5G-Mobilfunk-Netzausbau
- ✓ einheitliche Infrastrukturen und Personal vor Ort für öffentliche Einrichtungen
- ✓ Beschleunigung der Digitalisierung der Behörden
- ✓ E-Government orientiert an Estland ausbauen
- ✓ Informationen zu E-Government-Vorgängen besser verfügbar machen
- ✓ öffentlicher Zugang zu digitalen Behördenservices und Bibliotheken
- ✓ Förderung von Start-ups im Bereich Digitalisierung
- ✓ freier Zugang zu staatlich finanzierter Software

Digitale Infrastruktur

Das Internet ist eine für alle Wirtschaftszweige relevante Ressource, die essenziell für Innovation, Wachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit ist. Um sein Potenzial optimal nutzen zu können, brauchen wir eine einfache, praxisnahe und sichere Rechtslage für Kommunikation, Online-Handel und Datenschutz. Netzneutralität ist dabei ein wichtiger und schützenswerter Baustein.

Wir sehen im Internet auch ein Werkzeug der Demokratie und wollen es vor Manipulation und Machtmissbrauch schützen. Wir wollen eine Kultur der Freiheit, Offenheit, Dezentralität und Kooperation fördern. Staatliche Zensur darf nicht toleriert werden.

Privatleute und Unternehmen benötigen jederzeit und flächendeckend schnellen und stabilen Zugang zum Internet, sowohl durch Breitbandanschlüsse wie auch über das Mobilfunknetz. Wo der Ausbau der Infrastruktur nicht ausreicht oder nicht in angemessener Zeit erfolgt, muss dieser Missstand z. B. durch Regulierung, zusätzliche Anreize oder staatliche Investitionen behoben werden. Hierzu sollen die bürokratischen Hürden herabgesetzt werden.

Öffentliche Einrichtungen

Öffentliche Einrichtungen wie z. B. Schulen oder Bibliotheken benötigen eine zeitgemäße und angemessene digitale Ausstattung. Anstelle von Einzellösungen an den jeweiligen Standorten sollen bestehende Lösungen hierbei so weit wie möglich von nur einer verantwortlichen Stelle bereitgestellt werden. Darüber hinaus muss für die einzelnen Standorte vor Ort Fachpersonal bereitstehen, um einen stabilen Betrieb zu gewährleisten.

Die Digitalisierung der Behörden muss zügig vorangetrieben werden. Alle für Bürger zugänglichen Leistungen sollen auch online verfügbar sein und in einer verständlichen Form präsentiert werden. Dabei soll weiterhin auch der klassische Behördengang zur Verfügung stehen, insbesondere für Personen, die keinen Zugang zu entsprechenden Technologien haben.

Auch im Bereich des E-Governments, also der digitalen Kommunikation mit Ämtern und Behörden, sehen wir weiter erheblichen Ausbaubedarf. Gemäß den Daten des E-Government-Monitors 2022 liegt Hessen zwar immerhin im deutschlandweiten Mittelfeld, allerdings wurde im Vergleich zum Vorjahr keine Verbesserung festgestellt.

Wir sehen E-Government als sehr wichtigen Baustein, um allen Menschen behördliche Vorgänge zu ermöglichen und sie zu vereinfachen. Gerade Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder gesundheitlichen Problemen profitieren davon, aber auch insgesamt hat es für die Bevölkerung einen großen Mehrwert. Estland dient hier als wunderbares Beispiel dafür, wie effektiv und zügig solche Maßnahmen umgesetzt werden können. Daran wollen wir uns orientieren.

Unser Ziel ist daher, diesen Bereich E-Government massiv auszubauen sowie Vorgänge zu beschleunigen und zu vereinfachen. Gleichzeitig wollen wir die Informationsmöglichkeiten dazu erweitern, z. B. in Form von Flyern, und allen einfach und verständlich zugänglich machen.

Bibliotheken – als generelle Weiterbildungsstätten – wie auch die Bürgerämter sollten allen Bürgern einen digitalen Zugang ermöglichen und sie bei der Nutzung unterstützen. Die Umsetzung in den Bibliotheken soll dabei landesweit einheitlich erfolgen und im Idealfall auch mit anderen Bundesländern und den europäischen Ländern abgestimmt werden.

Staatliche Förderung digitaler Entwicklungen

Software soll nicht nur kommerziell attraktiven Zielen dienen können. Neben der Förderung von Startups wollen wir auch digitale Projekte mit gesellschaftlichem Mehrwert fördern, die nicht kommerziell realisierbar sind.

Beispiele hierfür sind Anwendungen im Bereich der Bildung, wo Datenschutz, Qualität und Wiederverwendbarkeit von großer Bedeutung sind. Dabei sollen auch Initiativen zur Sammlung von Ideen für Digitalisierungsprojekte gefördert werden. Denkbar sind hier runde Tische und andere Formen der Bürgerbeteiligung.

Software, die aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, muss unter einer freien Lizenz veröffentlicht werden, damit sie allen zur Verfügung steht. Im ersten Schritt betrifft dies Software, die für spezielle Anwendungsfälle eines öffentlichen Auftraggebers entwickelt wird. Ein erfolgreiches Beispiel hierfür ist die Corona-Warn-App.

Eine Veröffentlichung bietet mehrere Vorteile: Zum einen ermöglicht sie anderen Personen die Nutzung und Verbesserung der Software, wovon auch der ursprüngliche Auftraggeber profitiert. Darüber hinaus erleichtert sie die Identifizierung und Behebung von Sicherheitslücken.

Säkularisierung

Unsere Forderungen:

- ✓ Kirchliches Arbeitsrecht abschaffen
- ✓ Staatsleistungen an die Kirche beenden
- ✓ Kirchenaustritt kostenlos machen und online ermöglichen
- ✓ Religionsunterricht durch Ethikunterricht ersetzen
- ✓ öffentliche Bekenntnisschulen abschaffen
- ✓ humanistische Vertretung in Rundfunkräten
- ✓ religiöse Feiertage durch neutrale ersetzen
- ✓ „stille Feiertage“ (z. B. Tanzverbot an Karfreitag) abschaffen
- ✓ Liberalisierung des Bestattungsrechts für säkulare Beerdigungen

Säkularisierung

Wir sehen die Bundesrepublik Deutschland perspektivisch als einen laizistischen Staat, der unbeeinflusst von religiösen oder sonstigen Weltanschauungen oder Ideologien für alle Bürger des Landes gleiche Rahmenbedingungen zu schaffen hat.

Für uns bedeutet dies insbesondere, dass der Staat und mit öffentlichen Aufgaben betraute Institutionen gegenüber dem Bürger grundsätzlich religiös-weltanschaulich neutral auftreten und dass religiös-weltanschauliche Überzeugungen einzelner Gruppen nicht länger für alle Bürger verbindlich gemacht werden. Wir fordern daher die Streichung des Gottesbezugs und anderer religiös begründeter Sonderrechte aus dem Grundgesetz, den Landesverfassungen und sonstigen Gesetzen.

Kirchen, die im Bereich der Daseinsvorsorge tätig sind, müssen sich in Bezug auf das Arbeitsrecht „innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes“ (Artikel 140 Grundgesetz) bewegen. Bezogen auf Beschäftigte und andere nicht-kirchliche Leistungserbringer muss auch der allgemeine Gleichheitsgrundsatz erfüllt sein. Das allgemeine Arbeitsrecht soll auch in diesem Bereich gelten, sodass sich Beschäftigte in Gewerkschaften organisieren und den Arbeitskampf als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen können. Eingriffe in das Privatleben zur Durchsetzung religiöser Moralvorstellungen sind zu verbieten.

Staatsleistungen

Schon mit der Weimarer Reichsverfassung verpflichtete sich der deutsche Staat, die Staatsleistungen an die Kirche zu beenden. Die eigentliche Initiative müssen aber die Länder selbst ergreifen. Wir wollen, dass dieser Verpflichtung endlich nachgekommen wird und die Staatsleistungen abgeschafft werden.

Religionsunterricht abschaffen

Unserer Ansicht nach ist Religionsunterricht an allen staatlichen Schulen abzuschaffen und durch ein allgemeines Pflichtfach Ethik zu ersetzen, welches von der ersten Klasse an erteilt wird. Damit auch genug Lehrkräfte zur Verfügung stehen, wollen wir entsprechende Weiterbildungen für Religionslehrer sowie zusätzliche Lehrstühle und Lehramtsstudiengänge für das Fach Ethik an den Hochschulen einrichten. Die Konfessionszugehörigkeit der Schüler ist irrelevant und soll in Zukunft daher von den Schulen nicht länger erfasst werden.

Kirchenaustritt

Das Grundrecht der Religionsfreiheit ist in Art. 4 GG festgeschrieben. Dieses impliziert auch das Recht, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Viele Standesämter fordern für den Kirchenaustritt eine Gebühr. Wir sehen es als selbstverständlich an, dass die freie Ausübung von Menschenrechten jederzeit kostenfrei sein sollte. Daher fordern wir den Wegfall der Kirchenaustrittsgebühr.

Zudem ist der Kirchenaustritt durch die Pflicht der persönlichen Erklärung vor dem Standesamt im eigenen Wohnort mit Hürden verbunden. Diese Hürden bestehen zum einen in den Öffnungszeiten der Ämter, zum anderen in der oftmals begrenzten Verfügbarkeit von Terminen. Daher fordern wir, in Zukunft schriftliche Austritte anzuerkennen und den Kirchenaustritt über das Internet zu ermöglichen.

Konfessionelle Neutralität der Rundfunkräte gewährleisten

Die beiden christlichen Kirchen haben als gesellschaftlich relevante Gruppen Vertreter in Rundfunkräten, so auch beim Hessischen Rundfunk. Die Interessen der konfessionslosen Bevölkerung finden hingegen kaum bis gar keine Berücksichtigung. Unsere Forderung ist daher, zukünftig auch aus humanistischen Verbänden Vertreter in den Rundfunkrat zu entsenden.

Feiertage

Derzeit gibt es in Hessen zehn gesetzliche Feiertage, wovon sieben christlich begründet sind. Um die Bevorzugung des Christentums gegenüber anderen Religionen und Nichtgläubigen zu beenden, fordern wir die Aufhebung der gesetzlichen Feiertage christlichen Ursprungs. Stattdessen sollen andere Feiertage, die die gesamte Gesellschaft betreffen, wie z. B. ein Europatag oder der Tag der Deutschen Geschichte, eingeführt werden.

Zudem soll ein Kontingent von individuellen Feiertagen eingeführt werden, die jeder Bürger nach eigenem Ermessen z. B. zur Ausübung von Religion oder Weltanschauung

wahrnehmen kann. Außerdem wollen wir die Anzahl der Feiertage bundesweit anpassen.

Auch beim Tanzverbot und sonstigen Einschränkungen des öffentlichen Lebens an den sogenannten „stillen“ Feiertagen sehen wir eine staatliche Bevorzugung des Christentums und eine Einschränkung der persönlichen Grundrechte konfessionsloser Bürger und fordern demnach deren Abschaffung.

Bestattungsrecht

Als 2017 Änderungen beim Bestattungsrecht vorgenommen wurden, sollte es auch ermöglicht werden, dass die Asche von Verstorbenen auf speziell dafür angelegten Wiesen auf Friedhöfen verstreut werden kann, anstatt in einer Urne beigesetzt werden zu müssen. Nachdem die Kirchen deutlichen Widerspruch einlegten, weil die Asche dadurch von Menschen und Tieren zertreten werden könnte, wurde der Abschnitt aber aus dem Gesetzesentwurf entfernt. Diese Bevormundung säkularer Beerdigungen durch die Kirchen weisen wir entschieden zurück.

Wir finden, dass jeder das Recht haben sollte, selbst zu bestimmen, was nach dem Tod mit den eigenen Überresten passiert. Davon darf der Einzelne nicht durch Widerspruch einer Religionsgemeinschaft abgehalten werden können, gerade wenn man selbst kein Mitglied ist. Deswegen fordern wir, dass diese Gesetzesänderung doch noch durchgeführt wird und es in Hessen, wie auch schon vor Jahren in Bremen, möglich wird, die Asche zu verstreuen.

Wissenschaft

Wir sind fest davon überzeugt, dass Faktenkenntnis, Rationalität und wissenschaftliche Methoden die geeignetsten Mittel zu einer im Ergebnis fundierten und zielgerechten Entscheidungsfindung sind. Nicht zuletzt das inkonsistente Handeln der Regierung bei der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zur COVID-19-Pandemie hat verdeutlicht, wie dringend der Einzug einer wissenschaftsbasierten Stimme in das Parlament ist. Wir wollen in einem Land leben, in dem Wissenschaftler nicht verlacht oder gar bedroht werden und in dem die Strategien der Politik – in allen Bereichen – auf deren Arbeit aufbauen.

Damit die Wissenschaft ihre wichtige gesellschaftliche Funktion erfüllen kann, muss sie frei von ökonomischen Zwängen und ideologischer Instrumentalisierung sein. Insbesondere die Grundlagenforschung, die zunächst keinen kurzfristigen ökonomischen Nutzen verspricht, möchten wir intensiver fördern. Leitende Verantwortungsträger innerhalb staatlicher Wissenschaftseinrichtungen müssen vor politischer Einflussnahme besonders geschützt werden. Der prekären Beschäftigungssituation des akademischen Mittelbaus an Hochschulen wollen wir

durch strengere Mindestgrenzen für die Laufzeit von befristeten Arbeitsverträgen und einer Förderung von Dauerstellen entgegenwirken.

Wir wollen hohe Qualitätsstandards in der Forschung gewährleisten und die Wissenschaftskommunikation verbessern. Open-Data-Konzepte und die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wollen wir ebenfalls aktiv fördern: Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen der Bevölkerung zugänglich und die wissenschaftliche Arbeitsweise Grundlage und Vorbild für Ausbildung und Bildung jeder Art sein. Sie sollen durch eine allgemeinverständliche, sachliche Darstellung sowie durch kompetente Diskussionen in den Medien als auch in anderen öffentlichen Formen möglichst allen Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht werden. Zuletzt müssen Forschungsergebnisse, die durch öffentliche Institutionen finanziert wurden, für die Öffentlichkeit auch frei zugänglich sein.

Wir halten Transparenz bei der Finanzierung von Wissenschaft für unerlässlich, um Interessenkonflikte und Einflussnahmen erkennen und ihnen vorbeugen zu können. Alle rechtlichen Hürden des freien wissenschaftlichen Austausches möchten wir, soweit es unter Wahrung der geistigen Eigentumsrechte der Urheber möglich ist, abbauen.

Wir fordern:

- ✓ eine verstärkte Förderung von Grundlagenforschung
- ✓ höhere Mindestgrenzen für Zeitverträge und die Schaffung von Dauerstellen
- ✓ eine bessere Bezahlung und Jobsicherheit für Wissenschaftler
- ✓ mehr Transparenz bei der Wissenschaftsförderung
- ✓ die Schaffung dedizierter Lehrstellen abseits einer Professur
- ✓ eine verbesserte Kommunikation von Forschungsergebnissen in der Öffentlichkeit
- ✓ die freie Zugänglichkeit von durch öffentliche Gelder geförderte Forschungsergebnissen
- ✓ die Schaffung einer Plattform, auf der durch den Staat finanzierte wissenschaftliche Ergebnisse kostenlos zur Verfügung stehen

Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft

Die Arbeitsbedingungen vieler Forscher sind prekär. Dauerstellen existieren kaum und befristete Verträge mit Laufzeiten unter zwei Jahren sind die Regel. Die Befristung geht oft mit Wohnungswechseln einher, was es für junge Wissenschaftler nahezu unmöglich macht, ein gesichertes Leben zu führen oder gar eine Familie zu gründen. Häufige Folgen sind der Abbruch der akademischen Karriere oder die Abwanderung von fähigem Forschernachwuchs ins Ausland.

Damit sich Wissenschaftler auf ihre Forschung konzentrieren können, brauchen sie sichere Beschäftigungsbedingungen. Wir als Partei der Humanisten setzen uns für eine bessere Finanzierung der Forschung, die Entfristung von Arbeitsverträgen und die Förderung von Dauerstellen nach der Promotion ein. Wissenschaftlern wollen wir endlich eine angemessene Bezahlung ermöglichen, die ihren hohen Bildungsstands

entspricht. Auch wollen wir mehr Dauerstellen außerhalb des universitären Betriebs schaffen, etwa zur Reproduktion von Studienergebnissen, zur Vereinheitlichung von Forschungsfeldern und zur Wissenschaftskommunikation. Zusätzlich möchten wir durch die Schaffung von dedizierten Lehrstellen dafür sorgen, dass die Lehre für Wissenschaftler nicht mehr Pflicht ist, wodurch sie sich stärker ihrer Forschung widmen können.

Zugänglichkeit wissenschaftlicher Ergebnisse

Wissenschaftliche Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung sollen kostenlos zugänglich sein. Das jetzige System wissenschaftlicher Publikationen führt zu einem Abfall des Urheberrechts an die wissenschaftlichen Journale, die die Ergebnisse publizieren. Gerechtfertigt wird diese Praxis dadurch, dass das Journal die Ergebnisse im sogenannten Peer-Review Prozess überprüfen lässt und dann veröffentlicht. Das Peer-Review erfolgt dabei häufig ohne finanzielle Gegenleistung für die Prüfer. Die meist monatlichen Auflagen der Journale werden dann durch Universitäten per Abonnement für mehrere Tausend Euro pro Ausgabe wieder eingekauft. Somit zahlen öffentliche Forschungseinrichtungen für den Zugang zu Forschungsergebnissen, die sie teils selbst produziert haben.

In Zeiten der Digitalisierung halten wir diesen Prozess für absurd und aus der Zeit gefallen. Stattdessen fordern wir die Einrichtung einer Online-Plattform, auf der alle durch Hessen (teil-)finanzierten wissenschaftlichen Ergebnisse, unabhängig von den Journalen, ebenfalls veröffentlicht werden müssen. Das Peer-Review soll durch das Bezahlen professioneller fachkundiger Prüfer gewährleistet werden. Die das Peer-Review durchlaufenen Artikel wollen wir dann auf der Online-Plattform allen kostenlos zur Verfügung stellen.

Innere Sicherheit

Extremistischen Bestrebungen stellen wir uns klar entgegen. In einer offenen Gesellschaft haben Extremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz. Kein Mensch darf aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht oder Aussehen ausgegrenzt und benachteiligt werden.

Polizei und Überwachung sind sensible Themen. Die Partei der Humanisten möchte die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten, ohne jedoch die Freiheiten der Bürger unnötig einzuschränken. Darüber hinaus legen wir großen Wert darauf, den Respekt für Polizeibeamte wiederherzustellen. Um diese Ziele zu erreichen, sind gut ausgebildete und ausgestattete Sicherheitsbehörden sowie ein sinnvoller juristischer Rahmen, in welchem Polizei und Bevölkerung einander auf Augenhöhe begegnen können, notwendig.

Unsere Forderungen:

- ✓ Aufklärung und Informationen zu Extremismus ausweiten
- ✓ Ausweitung von Aussteiger-Programmen
- ✓ Sensibilisierung und Aufklärung zu Antisemitismus und Rassismus erweitern
- ✓ anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizisten
- ✓ Überprüfung polizeilicher Vorfälle durch unabhängige Stelle
- ✓ Aufarbeitung und Verfolgung rechtsextremer Netzwerke innerhalb der Behörden
- ✓ technische Erneuerung der Ausrüstung
- ✓ Weiterbildungen im digitalen Bereich
- ✓ konsequente Verfolgung von Straftaten im digitalen Raum
- ✓ strengere Regeln für V- Männer
- ✓ Verbesserung des zwischenbehördlichen Austauschs
- ✓ anlassbezogene Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten
- ✓ Ausbau von Präventions- und Resozialisierungsarbeit im Strafvollzug
- ✓ Ausbau von Bildungsangeboten im Strafvollzug
- ✓ stärkere Berücksichtigung von Studienergebnissen zu offenem Vollzug

Bekämpfung extremistischer Bestrebungen

In den letzten Jahren ist eine zunehmende Aggressivität gegenüber Mitmenschen zu beobachten. Die Zahl der politisch motivierten Straftaten stieg im Vergleich zum Vorjahr an. Immer wieder gibt es Fälle von Rassismus, Antisemitismus und rechtsextremen Gruppierungen. Obwohl die Zahl der bekannten Reichsbürger in Hessen konstant bleibt, nimmt die Zahl der Straftaten gegenüber Medienvertretern und Polizisten immer weiter zu. Zusätzlich sind mit den „Autonomen Nationalisten“ und der „Identitären Bewegung“ zwei neuere Gruppierungen aufgetaucht. Darüber hinaus operieren auch zwei international agierende rechtsextreme Netzwerke, nämlich „Blood and Honor“ und die „Hammerskin Nation“.

Trotz des Verbots von Blood and Honor gibt es weiterhin vereinzelte Bestrebungen, die Organisation fortzuführen, ebenso wie den bewaffneten Arm namens Combat 18. Die Hammerskin Nation hingegen ist seit über 30 Jahren in Deutschland aktiv. Zusätzlich zu diesen Gruppen wurden laut dem hessischen Verfassungsschutzbericht von 2021 insgesamt 745 unabhängige Rechtsextremisten und Boneheads identifiziert.

Wir fordern eine effektive Strategie, um diese Entwicklungen zu stoppen. Aufklärung und Information zu Extremismus müssen ausgeweitet und leichter zugänglich gemacht werden.

Aussteigerprogramme wie das Programm „Exit“ sind uns sehr wichtig. Diese wollen wir aktiv fördern. Diese Programme sind von unschätzbarem Wert, unabhängig von der spezifischen Form des Extremismus, auf die sie sich beziehen. Jeder, der aus solchen

Szenen aussteigen will, muss schnell, niedrigschwellig und unkompliziert Unterstützung und Informationen dazu erhalten.

In Deutschland sind nach wie vor zahlreiche Diskriminierungsformen weit verbreitet. Dazu zählen insbesondere Rassismus, Antisemitismus, Ableismus und Ausländerfeindlichkeit. Wir wollen eine größere Sensibilisierung für diese Probleme schaffen und darüber aufklären, was sie genau beinhalten und wie man sie bekämpfen kann.

Polizei

Polizisten vertreten in Deutschland, notfalls auch mit Waffengewalt, die Exekutive und tragen deshalb eine besondere Verantwortung. Dieser Anspruch an das Verantwortungsbewusstsein muss sich bereits in der Ausbildung widerspiegeln und durch Sensibilisierung und Deeskalationstraining gestärkt werden.

Um individuelles Fehlverhalten ahnden zu können, setzen wir uns für eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht und die Überprüfung strafrechtlich relevanter Verdachtsfälle durch eine unabhängige Dienststelle ein.

Politischer oder religiöser Extremismus ist für uns Humanisten ein klares Ausschlusskriterium für die Vertretung eines freiheitlich-demokratischen Staates. Insbesondere rechtsextreme Netzwerke stellen hier eine systematische Gefahr für die Professionalität der Polizei dar und müssen konsequent verfolgt werden. Wichtig sind hierbei auch Maßnahmen, um solche Strukturen frühzeitig zu erkennen und schnell reagieren zu können.

Eine umfassende technische Erneuerung der Ausrüstung sowie eine entsprechende Ausbildung der Sicherheitsbehörden sind notwendig, um mit dem technischen Fortschritt und den sich daraus ergebenden kriminellen Möglichkeiten Schritt halten zu können. Im digitalen Bereich gehören z. B. Cyber-Terrorismus oder Tatvorbereitungen im Darknet dazu. Auch Verbrechen auf Social Media wie z. B. Doxing, Stalking und Morddrohungen müssen ernst genommen und konsequent verfolgt werden.

Für den Außendienst sprechen wir uns für Bodycams aus, wobei klare Richtlinien zu ihrer Verwendung definiert werden müssen. Verstöße müssen mit Nachdruck verfolgt werden.

Einem verantwortungsbewussten und sachgemäßen Einsatz von Elektroimpulsgeräten zur gezielten Deeskalation statt Anwendung stumpfer Gewalt durch Schlagstöcke oder dem häufig tödlichen Einsatz von Schusswaffen stehen wir offen gegenüber. Es bedarf aber strikter Regeln, wann ihr Einsatz zulässig ist.

Ämter und Behörden

V-Leute sind für die polizeilichen Ermittlungen unerlässlich, gerade bei Ermittlungen in kriminellen Milieus und Terrororganisationen. Die Problematik besteht aber in der Wahrscheinlichkeit einer ungewollten Finanzierung der Netzwerke, die man eigentlich bekämpft, weshalb hier die Kontrollen verschärft werden sollten.

Ebenso können Barauszahlungen an V-Männer dafür genutzt werden, um finanzielle Mittel des Landesamt für Verfassungsschutz zu unterschlagen, weshalb diese Möglichkeit der Zahlung durch Überweisungen ersetzt werden sollte.

Zuletzt sollten die Rekrutierungsvoraussetzungen verschärft werden und die V-Leute stärker in die Pflicht genommen werden, ihrer Aufgabe der Informationsbeschaffung nachzukommen, wenn die betreffenden Personen ihr nicht eigenständig nachkommen.

Wir wollen den Austausch zwischen den Behörden verbessern und damit auch die Zusammenarbeit stärken. Verschiedene Beispiele in der Vergangenheit, unter anderem der NSU- Skandal, haben gezeigt, dass es dabei erheblichen Verbesserungsbedarf gibt.

Überwachung

Mögliche Vorteile einer allgemeinen Videoüberwachung stehen in keinem angemessenem Verhältnis zu ihren monetären und insbesondere gesellschaftlichen Kosten wie dem anlasslosen Eingriff in Persönlichkeitsrechte. Eine allgemeine, anlassunabhängige Videoüberwachung lehnen wir deshalb zum Schutz von Persönlichkeitsrechten ab.

Jedoch kann eine gezielte Videoüberwachung an bestimmten Orten die Aufklärung von Straftaten erleichtern, beispielsweise nach Vandalismus oder Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln.

Wir wollen daher einen sensiblen Umgang mit Videoüberwachung fördern und stets individuell Nutzen und Kosten abwägen. Bei der Fahndung nach Verdächtigen schwerer Straftaten soll auch automatisierte Gesichtserkennung zum Einsatz kommen können. Aufgrund der Eingriffstiefe müssen Daten identifizierter unverdächtig Personen jedoch sofort gelöscht und hohe Datenschutzstandards erfüllt werden.

Strafvollzug

Wir wollen den Strafvollzug reformieren. Er soll seiner Kernaufgabe wieder gerecht werden. Hierfür ist es erforderlich, das Angebot an Bildungsmöglichkeiten zu erweitern und verstärkt in Präventions- und Deradikalisierungsarbeit zu investieren.

Wir setzen uns dafür ein, Studienergebnisse zu Rückfall- und Resozialisierungsraten stärker zu berücksichtigen und die Möglichkeiten des offenen Vollzugs auszuweiten.

Europa

Hessen befindet sich mitten im Herzen Europas. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Zukunft in einer europäischen Gemeinschaft liegt, die nach außen mit geeinter Stimme spricht und nach innen die lokalen Bedürfnisse und Rechte aller Bürger schützt. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Vollendung der Europäischen Union (EU) zu einer vollwertigen Bundesrepublik Europa (BRE) ein. In diesem föderal aufgebauten Staat sind die Menschen der wichtigste Bezugspunkt. Wir wollen die Probleme der EU beheben und sie demokratischer, bürgernäher und effizienter machen. An die Stelle der Nationen treten bei uns starke, sich selbst verwaltende Regionen, über deren Gebiet und Zugehörigkeit zur BRE die Bürger in Volksabstimmungen entscheiden. Dadurch bewahren wir die kulturelle Identität der Regionen und sichern gleichzeitig die Gemeinschaft als Ganzes. Gemeinsame Herausforderungen auf europäischer Ebene wollen wir gemeinschaftlich auf Bundesebene lösen. Durch den Wegfall der nationalstaatlichen Ebene verläuft der Gesetzgebungsprozess auch effizienter und schneller. Alle Entscheidungen, die nicht zentral getroffen werden müssen, wollen wir auf die Ebene der Regionen bringen, um den betroffenen Menschen wieder eine stärkere demokratische Stimme zu geben.

Wir wollen mit unserem Angebot sowohl die Europa-Enthusiasten und Föderalisten als auch die gemäßigten Kritiker zusammenbringen, denn nur gemeinsam können wir ein besseres Europa und damit eine bessere Welt schaffen. Deshalb stellt unser Modell stets auch einen Kompromiss zwischen Idealen und Pragmatismus, zwischen regionaler Identität, nationalem Zugehörigkeitsgefühl, europäischer Identität und Überstaatlichkeit dar.

Unsere Forderungen:

- ✓ Bundesrepublik Europa mit lokaler Vertretung im Rat der Regionen
- ✓ Lösung gemeinschaftlicher Herausforderungen auf europäischer Ebene
- ✓ ein einheitliches europäisches Bildungssystem
- ✓ auf kurze Sicht ein einheitliches Bildungssystem für ganz Deutschland
- ✓ Förderung länderübergreifender Bildungs- und Infrastrukturprojekte
- ✓ Schaffung einer europäischen Zentrale für politische Bildung
- ✓ ein europäisches Fernzugnetz mit Hessen als zentralem Dreh- und Angelpunkt
- ✓ Schutz unserer lokalen Identität durch eine starke regionale Vertretung in Europa
- ✓ Erklärung des Europatags am 9. Mai zum gesetzlichen Feiertag

Bildung

Langfristig streben wir ein europäisch einheitliches Bildungssystem an. Das ermöglicht es allen Schulabgängern, mit einem gleichwertigen Schulabschluss überall in Europa zu leben und arbeiten. Der Stundenplan soll aber genügend Freiraum für lokale Themen, Geschichte und Sprache lassen, sodass unsere lokale Identität stets erhalten bleibt. Kurz- und mittelfristig fordern wir, die momentan sechzehn verschiedenen Bildungssysteme in Deutschland in ein einheitliches Schulsystem mit vergleichbaren Abschlüssen inklusive Zentralabitur zu überführen. Dafür wollen wir aktiv auf die anderen Bundesländer zugehen und zunächst die Angleichung der Schulsysteme auf Länderebene voranbringen.

Zudem wollen wir länderübergreifende Bildungsprojekte wie den multinationalen Universitätsverbund sowie europäische Schülerprojekte fördern. Auch wollen wir Austauschprogramme zwischen europäischen Schulen verstärken. Wir setzen uns außerdem für die Schaffung einer europäischen Zentrale für politische Bildung ein, um europäische Grundwerte und demokratische Kompetenzen zu vermitteln. Als Symbol europäischer Ideale und Werte wollen wir den Europatag am 9. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklären.

Infrastruktur

Hessen dient durch seine zentrale Lage schon längst als Dreh- und Angelpunkt des europäischen Fernverkehrs. Darum haben wir eine besondere Verantwortung, die Vernetzung nicht nur mit unseren direkten Nachbarn, sondern auch zwischen Ost- und Westeuropa sicherzustellen. Wir wollen insbesondere den innereuropäischen Verkehr erleichtern und machen uns stark für ein schnelleres und effizientes europäisches Fernzugnetz, das diesen Namen auch verdient. Dazu gehört unter anderem der schnelle Ausbau des europäischen Zugsleitsystems (ETCS).

Politik und lokale Identität

Wir möchten in Zukunft kulturell und wirtschaftlich noch enger mit unseren europäischen Nachbarn zusammenwachsen. Doch ist das, was Europa in unseren Augen so besonders macht, auch die Vielfalt an sprachlichen und kulturellen Hintergründen, die wir alle mitbringen. In unserer Vision für Europa ist Hessen mit Abgeordneten im europäischen Rat der Regionen (vergleichbar mit unserem Bundesrat) vertreten und kann so regionale Bedürfnisse in den Gesetzgebungsprozess einfließen lassen. Der Rat kann eigene Gesetzesinitiativen einbringen, Änderungsanträge zu Initiativen des Europaparlaments einreichen und verfügt über ein Vetorecht. Dadurch sind die Bürger näher an der Politik Europas näher dran als bisher. Durch Hessen als starke Region in der Bundesrepublik Europa ermöglichen wir eine politische Repräsentation direkt in der Region und nicht fernab in Berlin oder Brüssel. Dadurch haben die Bürger größeren Einfluss auf die Politik, die sie direkt beeinflusst. Die lokalen Vertretungen stellen somit sicher, dass die kulturelle Identität erhalten und bewahrt wird.

Wahlrecht

Unserer Überzeugung nach gehört zu einer Demokratie, dass möglichst viele Stimmen gehört werden und auch in den Parlamenten vertreten sind. Seit der letzten Landtagswahl im Saarland sind mehr als 22 % der Wähler nicht parlamentarisch repräsentiert, weil sie eine Partei gewählt hatten, die weniger als 5 % der Stimmen erhalten hat. Dazu kommt, dass viele Wähler aus Angst vor der Fünf-Prozent-Hürde davor zurückschrecken, eine Kleinpartei zu wählen und lieber dem „kleineren Übel“ ihre Stimme geben. Der Sinn einer Wahl ist jedoch, eine möglichst genaue politische Willensbekundung der Wähler einzuholen. Wenn diese aber aufgrund strategischer Überlegungen entgegen ihren eigentlichen politischen Überzeugungen wählen, wird der wahre politische Wille unnötig verfälscht. Das führt auch zu Politikverdrossenheit. Wir wollen, dass die politischen Überzeugungen der Wähler möglichst gut dargestellt werden und fordern daher, das Wahlsystem entsprechend zu verändern.

Unsere Forderungen:

- ✓ Bundesweite Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre
- ✓ Einführung einer Ersatzstimme
- ✓ erlauben von Listenzusammenschlüssen mehrerer Parteien
- ✓ Uneingeschränktes Wahlrecht für alle EU-Bürger bei allen hessischen Wahlen

Aktives Wahlrecht

Gemäß dem hessischen Landeswahlgesetz darf nur wählen, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat. Damit ist Hessen eines von insgesamt zehn Bundesländern, in denen diese Regelung gilt. Das wollen wir ändern.

Wir fordern ein aktives Wahlrecht auf allen politischen Ebenen ab 16 Jahren. Das aktive Wahlrecht darf nicht von der Volljährigkeit abhängig sein. Zusätzlich fordern wir für alle EU-Bürger das aktive Wahlrecht.

Ersatzstimme

Um eine höhere Repräsentanz der Bevölkerung zu erreichen und die Nachteile für Kleinparteien zu reduzieren, fordern wir die Einführung einer Ersatzstimme.

Sollte der Wähler sich unsicher sein, ob die von ihm gewählte Partei A es über die Fünf-Prozent-Hürde schafft, hat er die Möglichkeit, einer zweiten Partei B eine Ersatzstimme zu geben. Auf dem Wahlzettel gäbe es dann also bei der Zweitstimme zwei Ankreuzspalten. Sollte Partei A nicht mehr als 5 % der Stimmen erhalten, gilt die Stimme für Partei B. Somit ist gewährleistet, dass jeder Wähler die Partei wählen kann, deren Meinung er am meisten teilt, ohne aus Angst vor der 5-Prozent-Hürde eine große Partei zu wählen, die eigentlich gar nicht seine erste Wahl gewesen wäre.

Listenzusammenschlüsse

Wir wollen es ermöglichen, dass sich bei Landtagswahlen mehrere Parteien zu einer gemeinsamen Liste zusammen schließen können.

Durch einen Listenzusammenschluss können mehrere gleichgesinnte Parteien ihre Listen verbinden, sodass die Parteien gemeinsam die Fünf-Prozent-Hürde überschreiten müssen. Selbst wenn einzelne Parteien allein weniger als 5 % der Stimmen erreichen, ziehen alle Parteien mit zusammengeschlossener Liste ins Parlament ein. Die Sitze werden dann entsprechend der Zweitstimmen an die einzelnen Parteien des Listenzusammenschlusses verteilt. Dies erhöht die Chancen für kleine Parteien, ins Parlament einzuziehen, und erleichtert das Aufkommen neuer Stimmen in der Politik.

Wahlrecht für alle EU-Bürger

Wir sind europäische Föderalisten und setzen uns für die Weiterentwicklung der Europäischen Union (EU) zu einer vollwertigen Bundesrepublik Europa (BRE) ein. Hessen sehen wir dabei langfristig als starke Region in der BRE.

Kurz- und mittelfristig wollen wir die europäische Einigung auf allen politischen Ebenen voranbringen. Dazu gehört auch die Gewährleistung des Wahlrechts für alle EU-Bürger. Wir fordern daher, dass auch in Hessen lebende EU-Bürger ohne deutsche Staatsangehörigkeit an allen hessischen Wahlen teilnehmen dürfen. Zusätzlich soll sich Hessen dafür einsetzen, dass ähnliche Regelungen in ganz Deutschland und langfristig in allen EU-Mitgliedsstaaten übernommen werden.

Wirtschaft

Die soziale Marktwirtschaft ist die einzige Wirtschaftsordnung, die mit humanistischen Werten wie individueller Freiheit, fairem Interessenausgleich und Hilfe zur Selbsthilfe vereinbar ist. Dabei zählt zur Freiheit aber auch Eigenverantwortung. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft deshalb erhalten und fördern. Wir wollen jede Art von Willkür durch rechtsstaatliche Strukturen unterbinden.

Deutschland und Europa müssen darüber hinaus frei von monopolisierter Wirtschaftsmacht sein. Wir wollen die Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern stets gleichermaßen berücksichtigt sehen. Soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit sind im Sinne der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen Maxime für das Wirtschaften. Alle gesellschaftlichen Schichten sollen am Wachstum teilhaben können.

Unsere Forderungen:

- ✓ mehr Investitionen in Infrastruktur
- ✓ Förderung der IT-Sicherheit von klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU)
- ✓ Mehr Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien
- ✓ Beschleunigen der Antrags- und Genehmigungsverfahren für PV und Windkraftanlagen

Investitionen und Förderung

Als Industriestandort ist Deutschland im Allgemeinen und Hessen im Besonderen einem ständigen Konkurrenzdruck ausgeliefert. Diesem Wettbewerb muss durch ständige Innovationen begegnet werden. Leider sind in Hessen in den vergangenen Jahrzehnten die Investitionen in die Infrastruktur zu kurz gekommen.

Im Bereich der digitalen Infrastruktur rückt neben dem dringend benötigten Ausbau der Netze aktuell die IT-Sicherheit immer mehr in den Fokus. Eine schlechte Absicherung der IT kann für viele Unternehmen eine existenzielle Bedrohung darstellen. Allerdings ist der Ausbau der IT-Sicherheit insbesondere für viele kleine und mittelständische Unternehmen eine große finanzielle und zeitliche Herausforderung.

Hierfür wollen wir den in Hessen ansässigen Unternehmen mehr finanzielle Mittel und anderweitige Unterstützung zur Verfügung stellen sowie die bisherigen Programme in diesem Bereich fortführen.

Ausbau von erneuerbaren Energien

Die Dekarbonisierung der Industrie ist eine der größten Herausforderungen, denen sich die deutsche Wirtschaft jemals stellen musste. Insbesondere energieintensive Industriebetriebe bekommen die gestiegenen Energiepreise immer stärker zu spüren. Dies ist vor allem auf die rasant gestiegenen Preise für Erdöl und -gas zurückzuführen.

Im Gegensatz dazu sind die Erzeugerpreise für erneuerbare Energien in den letzten Jahren immer weiter gesunken. Zur Lösung der Energiekrise fordern wir, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien wieder konsequent vorangetrieben wird. Dafür braucht es bessere Anreize, dort weiterhin zu investieren.

Diese Anreize wollen wir durch eine Beschleunigung des Genehmigungsprozesses erreichen. Hessen hat mit 48 % der Brutto-Stromproduktion im Jahr 2018 bereits einen hohen Anteil an erneuerbaren Energien, den wir aber noch weiter steigern wollen und müssen.